

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Parteien

Karl-Rudolf Korte

PARTEIENWETTBEWERB
ALS FREIHEITSGARANT IN
DER KRISE?

Horst Möller

ZUM ANTEIL DER PARTEIEN AM
ENDE DER WEIMARER REPUBLIK

Lothar Probst

GESCHICHTE DER
PARTEIENLANDSCHAFT
DER BUNDESREPUBLIK

Frank Decker

LASSEN SICH PARTEIEN
NOCH KLASSIFIZIEREN?

Jasmin Siri

VON DER PARTEI ZUR
BEWEGUNG?

Ekkehard Felder

PARTEIEN-SPRECH ZWISCHEN
JARGON DER ANMAßUNG
UND ANGEMESSENEM
SPRACHGEBRAUCH

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Parteien

APuZ 46–47/2018

KARL-RUDOLF KORTE

**PARTEIENWETTBEWERB ALS FREIHEITSGARANT
IN DER KRISE?**

Seit Gründung der Bundesrepublik wechseln sich freie Parteien in Opposition und Regierung ab. Der Parteienwettbewerb in Deutschland funktioniert also. Ob die Parteien dabei jedoch die Qualität der Demokratie ausreichend sichern, hängt vom Maßstab der Betrachtenden ab.

Seite 04–08

HORST MÖLLER

**ZUM ANTEIL DER PARTEIEN AM ENDE
DER WEIMARER REPUBLIK**

Zieht über der Bundesrepublik schon deshalb der Schatten Weimars auf, weil die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien steigt und sich darunter eine rechtspopulistische Partei befindet? Ein Blick in die Geschichte soll dieser Frage auf den Grund gehen.

Seite 09–13

LOTHAR PROBST

**GESCHICHTE DER PARTEIENLANDSCHAFT
DER BUNDESREPUBLIK**

Obwohl sich die Parteienlandschaft von den Anfängen bis heute mehrfach verändert hat, bildeten die Volksparteien über Jahrzehnte das Zentrum des Parteiensystems und bestimmten das politische Geschehen. Seit den 1980er Jahren hat jedoch ihr langsamer, aber stetiger Abstieg eingesetzt.

Seite 14–20

FRANK DECKER

**LASSEN SICH PARTEIEN NOCH
KLASSIFIZIEREN?**

Obwohl die Parteienlandschaft vielfältiger geworden ist, bieten sowohl die Cleavage-Theorie als auch das Links-Rechts-Schema weiterhin eine gute Handhabe, um die Entstehung neuer Parteien zu erklären und diese zusammen mit den bestehenden Parteien politisch einzuordnen.

Seite 21–26

JASMIN SIRI

VON DER PARTEI ZUR BEWEGUNG?

Nicht nur in Deutschland entstehen neue Parteien, die anders zu funktionieren scheinen, als es die Parteienforschung beschrieben hat. Um diese Veränderungen in der organisierten Politik zu erklären, lohnt der Blick auf relevante Einflussfaktoren ihrer gesellschaftlichen Umwelt.

Seite 27–32

EKKEHARD FELDER

**PARTEIEN-SPRECH ZWISCHEN JARGON
DER ANMAßUNG UND ANGEMESSENEM
SPRACHGEBRAUCH**

Eine Erklärung für Politikverdrossenheit bezieht sich auf die politische Sprache: Diese sei künstlich, phrasen- und floskelhaft, technokratisch und nicht vermittelbar. Welche Faktoren beeinflussen den politischen Sprachgebrauch? Welche Spielräume haben Parteipolitiker beim Formulieren?

Seite 33–38

EDITORIAL

Die Koordinaten des deutschen Parteiensystems verschieben sich. In den Parlamenten auf Bundes- und Landesebene sind so viele Parteien vertreten wie seit den Anfangsjahren der Bundesrepublik nicht mehr, darunter erstmals auch wieder eine rechts der Union. Die „Volksparteien“ CDU, CSU und SPD, die bei der Bundestagswahl 2017 zusammengenommen noch rund 53 Prozent aller Zweitstimmen auf sich vereinten und sich in einem Kraftakt zu einer nicht mehr ganz so großen Koalition zusammenschlossen, konnten 2018 bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen gemeinsam nicht einmal mehr die Hälfte aller Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen.

Die zunehmende Fragmentierung und Rechtsverschiebung im parlamentarischen Parteienspektrum ist kein deutsches Phänomen: Seit Jahren schmelzen in fast allen Ländern Europas die traditionellen konservativen und sozialdemokratischen Lager zugunsten rechter Randparteien sowie neuer Gruppierungen wie der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, Podemos in Spanien oder „En marche!“ in Frankreich. In der Bundesrepublik, wo die abwechselnd oder zusammen regierenden Volksparteien über Jahrzehnte divergierende Interessen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen in einen gemeinwohlorientierten Konsens integrieren konnten und hohe Stabilität garantierten, stellen diese Entwicklungen jedoch die bisherige Funktionsweise der Parteiendemokratie infrage.

Können die erforderlich werdenden neuen, komplexeren Bündniskonstellationen dauerhaft handlungsfähige Regierungen hervorbringen? Oder müssen sich die Bürgerinnen und Bürger vermehrt auf Regierungskrisen, häufige Neuwahlen und Minderheitenregierungen einstellen? Ist gar mit „Weimarer Verhältnissen“ mangelnder Kompromissfähigkeit zu rechnen, die die erste deutsche Republik zu ihrem Ende durch den Aufstieg extremistischer Kräfte führte? Die derzeit schwelenden Fragen spiegeln eine allgemeine Verunsicherung über die Anpassungsfähigkeit des politischen Systems wider.

Anne-Sophie Friedel

ESSAY

PARTEIENWETTBEWERB ALS FREIHEITSGARANT IN DER KRISE?

Karl-Rudolf Korte

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteiendemokratie: Für die demokratische Willensbildung sind Parteien unverzichtbar. Damit ist kein Monopolanspruch verbunden, denn die Parteien beeinflussen nur als ein Faktor neben anderen, beispielsweise den Medien, die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger. Politische Parteien sind stets Ausdruck sowie Träger gesellschaftlicher Konflikte.

Eine Schlüsselfunktion kommt den Parteien beim Wahlvorgang zu, denn bei den Wahlen stehen in der Bundesrepublik primär die Parteien und ihre Spitzenkandidaten im Mittelpunkt, weniger einzelne Abgeordnete oder Mandatsträger.⁹¹ Es gehört deshalb zu einem zentralen Kennzeichen der Parteien, die sich als wichtiger Transmissionsriemen zwischen Bevölkerung und Staat definieren, sich regelmäßig zur Wahl zu stellen. Damit unterscheiden sie sich von Interessengemeinschaften, Bewegungen, Vereinen, Verbänden oder Bürgerinitiativen, die ihnen rechtlich nachgeordnet sind.

In Artikel 2, Absatz 1 des Parteiengesetzes heißt es dazu: „Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten.“

Artikel 21 des Grundgesetzes weist den Parteien die Aufgabe zu, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, gewährleistet ihre jeweilige Gründungs- und Betätigungsfreiheit, fordert gleichzeitig innerparteiliche Demo-

kratie und öffentliche Rechenschaftslegung. Zu den Aufgaben gehören:

- Personalbeschaffung: Parteien wählen Personen aus und präsentieren sie bei Wahlen zur Besetzung politischer Ämter.
- Interessenartikulation: Parteien formulieren öffentliche Erwartungen und Forderungen von gesellschaftlichen Gruppen und Kräften an das politische System.
- Programmfunktion: Parteien integrieren unterschiedliche Interessen in einer Gesamtvorstellung von Politik in ein politisches Programm, für das sie um Zustimmung und um Mehrheiten werben.
- Partizipationsfunktion: Parteien stellen eine Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den politischen Institutionen her; sie ermöglichen politische Beteiligung von Einzelnen und Gruppen und fördern die politische Willensbildung.
- Legitimationsfunktion: Indem Parteien die Verbindung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen sowie den politischen Institutionen herstellen, tragen sie zur Verankerung der politischen Ordnung im Bewusstsein der Menschen bei.

PERMANENTER KRISENDISKURS

Wer so viele Funktionen gleichzeitig zu erfüllen hat, ist zwangsläufig überfordert. So wundert es nicht, dass die Parteien auf öffentliche Kritik stoßen, seit es sie gibt. Im immerwährenden Krisendiskurs vermischen sich Parteien-, Demokratie- und Politikverdrossenheit. Da taucht

die Kritik an der Finanzierung mit öffentlichen Mitteln auf, zumal wenn Wahlverlierer bei der Bundestagswahl 2017 wie zuletzt Union (minus 8,6 Prozentpunkte) und SPD (minus 5,2 Prozentpunkte) wenige Monate später die Obergrenze für staatliche Zuwendungen an Parteien deutlich erhöhen. Ämterpatronage im Bereich öffentlicher Einrichtungen stößt zudem auf laute Kritik. Die mangelnde Repräsentanz der Parteien durch ihre Mitglieder führt zu vielen Nachfragen. In der Kritik stehen auch innerparteiliche Karrierewege.

Parteien reagieren mittlerweile mit Organisationsreformen auf veränderte Erwartungshaltungen⁰² – mit jeweils unterschiedlicher Stoßrichtung: partizipativ im Sinne direkter Beteiligungschancen; deliberativ im Sinne kommunikativer Austausch- und Willensbildungsprozesse; liberal im Sinne einer Intensivierung der Verfahren der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Idealerweise verbindet eine Wiederbelebung der Parteiendemokratie alle drei Richtungen.

Nichts an den Vorwürfen gegenüber dem Erscheinungsbild der Parteien ist neu: In der Regel werden alte Vorurteile wiederholt und die historische Parteienverachtung modernisiert. Tatsächlich stehen Parteien für die modernste Form politischer Willensbildung in repräsentativen Demokratien. Wer sollte sich an ihrer Stelle bei freien Wahlen zur Wahl stellen? Welche anderen repräsentativen Gruppen wären gleichermaßen politisch legitimiert, um Entscheidungen mit Mehrheiten zu treffen? Wie könnten wir ohne Parteien politische Teilhabe fair organisieren, die nicht nur spontane Betroffenheit widerspiegelt?

Wahlen über und mit Parteien sichern Beteiligungsgerechte Partizipation. Trotz abnehmender Wahlbeteiligung ist die Repräsentativität des Wählerwillens bei Wahlen weitaus höher als bei allen anderen Formen politischer Beteiligung. Es lässt sich nachweisen, dass alternative Partizipationsformen das Ideal politischer Gleichheit gefährden.⁰³ In weitaus höherem Maße als Wahlen

sind alle anderen Formen der politischen Beteiligung sozial verzerrt. Wahlen mit mehreren Parteien garantieren relativ gleiche Zugangschancen, weil der individuelle Aufwand für die Bürgerinnen und Bürger gering ist. Alle anderen Beteiligungsformen verlangen dagegen mehr Zeitaufwand, mehr Bildung oder gar zur Mobilisierung auch Geld.

Parteien sichern also die Qualität der Demokratie. Das sagt nichts darüber aus, ob die Parteien selbst den freiheitlichen Qualitätsnotwendigkeiten entsprechen. Sie reflektieren die gesellschaftliche Wirklichkeit durch die Artikulation rivalisierender Interessen. Seit Gründung der Bundesrepublik wechseln sich freie Parteien in Opposition und Regierung ab. Der Parteienwettbewerb in Deutschland funktioniert also. Ob die Parteien dabei jedoch die Qualität der Demokratie ausreichend sichern, hängt vom Maßstab der Betrachtenden ab: Wer etwa darauf setzt, dass bewährte Volksparteien diese Garantie übernehmen, zeigt sich enttäuscht, dass die Wählerinnen und Wähler zunehmend für kleinere und neue Parteien stimmen. Wer hingegen die Wahlbeteiligung zum Maßstab erhebt, freut sich angesichts der deutlich gestiegenen Mobilisierung in den zurückliegenden Jahren. Und wer in Parteien Wächter der Demokratie sieht, könnte angesichts des Erstarkens autoritärer Strömungen resignieren. Aber handelt es sich dabei tatsächlich um Krisensymptome?

SCHRUMPFENDE VOLKSPARTEIEN

Die Deutschen favorisieren politisch-kulturell eine effiziente Verwaltung – mit erkennbarem Vorsprung vor der Anerkennung von Regierungsleistungen. Insofern suchen sie auch in den Parteien optimale Dienstleister, um Probleme zu ordnen, zu deuten, zu lösen. Dritte sollen ein Mandat erhalten für Aufgaben, die man nicht selbst übernehmen möchte.

Als Besonderheit des deutschen Parteiensystems haben sich die sogenannten Volksparteien herausgebildet, die sich – abweichend von anderen Ländern – über Jahrzehnte mehr oder weniger robust im Wettbewerb halten. Sie sind besondere, gemeinwohlorientierte Konsensmaschinen. Sie treten als Marktführer auf, die wie Spielmacher die Regierungsbildung prägen. Volksparteien sind wegen ihrer Berechenbarkeit für viele

01 Grundsätzlich zum Kontext Wahlen und Parteien vgl. Karl-Rudolf Korte, *Wahlen in Deutschland. Grundsätze, Verfahren und Analysen*, Bonn 2017⁹.

02 Zur Einordnung vgl. Karl-Rudolf Korte et al., *Parteiendemokratie in Bewegung. Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich*, Baden-Baden 2018.

03 Vgl. Armin Schäfer, *Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4/2010, S. 131–156.

Bürgerinnen und Bürger ein Sicherheitsversprechen und Garanten für Resilienz. Nicht die Größe gilt dabei als Definitionsmerkmal, sondern ein schicht- und interessenübergreifender Ansatz. Die Kernkompetenz von Volksparteien besteht darin, Konflikte von berechtigten, aber divergierenden Interessen auszutarieren, damit diese Interessenunterschiede zugunsten des Gemeinwohls ausgeglichen werden können.

Volksparteien sind strukturierte Sammlungsbewegungen in der politischen Mitte – behäbige Tanker mit dem Anspruch, für breite Gesellschaftsgruppen plurale Interessenvertretungen zu organisieren. Das ist bis heute der Fall, doch wird die Metaphorik des Tankers langsam abgelöst vom Bild des Dinosauriers, denn Anspruch und Wirklichkeit klaffen zunehmend auseinander. Die Marginalisierung beider Traditionsparteien, Union und SPD, führt mittlerweile in den Bundesländern dazu, dass selbst Große Koalitionen über keine parlamentarische Mehrheit mehr verfügen.

Ob der Typus der Volkspartei ausstirbt, hängt mehr mit gesellschaftlichen als mit politischen Veränderungen zusammen. Eine „Gesellschaft der Singularitäten“⁰⁴ verlangt offenbar nach Parteien, die situativ und singulär Interessen der Wählerinnen und Wähler bedienen. Die Pluralisierung von Lebensstilen und die Individualisierung der Gesellschaft lassen sich auf dem Parteienmarkt jedoch nur bedingt abbilden. Denn die Parteien verstehen sich selbst eben nicht als Anbieter für jeweilige individuelle Bedürfnisse. Sie sind in ihrem eigenen Selbstverständnis Organisationen für konzeptionelle Gesellschaftsentwicklungen, gerade nicht für individuelle. Das ist unerlässlich in einer Demokratie, die repräsentativ verfasst ist.

Atomisierungen von Kleinst-Interessen-Parteien wären folgenreich für die Qualität unserer Demokratie. Sozialer und gesellschaftlicher Frieden gehörten bislang zu den deutschen Standortvorteilen. Das ist weitgehend ein Verdienst der großen Volksparteien. Sie garantieren im dosierten Wechsel der Regierungsmacht Stabilität und Berechenbarkeit der deutschen Politik.

Wer die Volksparteien schreddert – und nichts anderes wäre beispielsweise die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Bundestag –, sollte mit rapiden Wechseln sowohl

der Politik als auch der Regierungen rechnen. Die politische Mitte und das bürgerliche Lager würden insgesamt schrumpfen. Mit der Zunahme von Parteien in Parlamenten intensiviert sich nicht nur der Wettbewerb zwischen den Parteien. Die Stabilität des politischen Systems wäre dann gefährdet, wenn blockierte Regierungsbildungen zur Alltagserfahrung würden.

ZUNEHMENDE FRAGMENTIERUNG

Der Gewissheitsschwund der Risiko-Moderne gilt auch für das Wahlverhalten, wie ein Blick auf die Bundestagswahl 2017 zeigt:⁰⁵ So stieg die Wahlbeteiligung erstmals seit der Bundestagswahl 1998 wieder an, um 4,6 Prozentpunkte auf 76,2 Prozent. Fast drei Millionen Wählerinnen und Wähler ließen sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 zusätzlich mobilisieren. Zugleich zeichnete sich eine stärkere Polarisierung der Gesellschaft ab: Mit der AfD zog erstmals seit 1961 wieder eine Partei deutlich rechts von der Union in den Bundestag ein. Mit 12,6 Prozent ist die AfD Ausdruck einer rechten Konsensverschiebung in Deutschland. Wählerstimmen erhielt die Partei nicht nur aus dem Protest- und Nichtwählerlager, sondern auch aus allen anderen parteipolitischen Lagern.

Die Fragmentierung des Parlaments hat zugenommen: Wie zuletzt 1953 zogen sieben Parteien in sechs Fraktionen in den 19. Deutschen Bundestag ein. Da es sich um die erste Bundestagswahl ohne vorherige Koalitionsaussagen handelte, gestaltete sich die Regierungsbildung mit einer Dauer von 170 Tagen so schwer wie nie zuvor. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde der Bundespräsident zum Kanzlermacher und nutzte seine verfassungsrechtlich vorgegebene Reservemacht, indem er die SPD zur Regierungsbildung ermahnte.⁰⁶ Die breite politische

⁰⁵ Vgl. Karl-Rudolf Korte/Jan Schoofs (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden (i. E.); Richard Hilmer/Jérémie Gagné, Die Bundestagswahl 2017. GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2018, S. 372–406; Eckhard Jesse, Die Bundestagswahl 2017 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2018, S. 223–242.

⁰⁶ Vgl. dazu Karl-Rudolf Korte, Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten, Frankfurt/M.–New York (i. E.).

⁰⁴ Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Frankfurt/M. 2017.

Mitte (73,1 Prozent) – alle Parteien außer AfD und Linke – schien über Monate unfähig und unwillig, eine stabile Regierung zu bilden.

Wie nach der Großen Koalition von 2009 schnitten vor allem die Volksparteien 2017 in der Wählergunst sehr schlecht ab. Die parlamentarische (56,3 Prozent der Bundestagsmandate) und die elektorale (53,4 Prozent der Stimmen) Dominanz von Union und SPD waren in fast 70 Jahren Bundesrepublik nie so gering. Die FDP zog nach einer einmaligen Auszeit wieder in den Deutschen Bundestag ein. Die Opposition ist mit vier Parteien (AfD, FDP, Linke, Grüne) gegenüber einer Großen Koalition stärker und vielfältiger denn je.

Trotzdem sind vorschnelle Schlüsse unangebracht. Ob sich aus den Befunden Trends entwickeln, bleibt abzuwarten – zumal der Ausgang der Bundestagswahl 2017 von der Flüchtlingspolitik bestimmt wurde.⁰⁷ Diese prägte die Zäsur des Einzugs einer rechtspopulistischen, rechtskonservativen und in Teilen rechtsextremen Partei in den Bundestag und damit die Rechtsverschiebung der Achse im Parteiensystem⁰⁸ und markiert bis heute die Machtfragen bei der Ausdifferenzierung des gesamten Parteienwettbewerbs.⁰⁹

NEUE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KONFLIKTLINIE

Hinter der Chiffre „Flüchtlingspolitik“ verbirgt sich ein politisches Amalgam: Wo endet das gemeinsame Wir? Wer hält sich an welche Regeln? Wer lindert die wachsenden Gefühle der Unsicherheit und des Unbehagens? Die Ethnisierung vieler politischer Diskurse hat zugenommen. Die Migrationsbewegungen waren der Katalysator einer Diskussion, die schon länger schlummerte. Die bisher bleierne integrationspolitische Debatte eines faktischen Einwanderungslandes hat sich in Richtung von Identitätsfragen und Zugehörigkeitsdefinitionen geöffnet. Die Chiffre

07 Vgl. Karl-Rudolf Korte, *Der Sog der Mitte. Die Repolitisierung der Wähler im Wahljahr 2017*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2/2017, S. 221–231.

08 Vgl. Frank Decker, *Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017*, in: Korte/Schoofs (Anm. 5).

09 Zu den komplexen Konsequenzen für das Regieren und den Parteienwettbewerb vgl. Christoph Bieber et al. (Hrsg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung*, Wiesbaden 2017.

„Flüchtlingspolitik“ hat eine Veränderungskraft im Parteienwettbewerb ausgelöst, die sich über eine Rechtsverschiebung in den Parlamenten mit ebenso großer Vehemenz stabilisiert hat wie vormals die Umwelt- und Ökologiebewegung über eine Linksverschiebung.

Durch die neue Themensetzung auf Sicherheit und Identität und die damit einhergehende Repolitisierung der Gesellschaft hat sich die politische Mitte neu sortiert. Anders als bei den vorhergehenden beiden Bundestagswahlen kam es wieder zu einer polarisierenden Auseinandersetzung um Mobilisierungsthemen. Die Suchbewegungen sind seitdem entlang wichtiger Grundbedürfnisse ausgerichtet: kognitiv – ob die Wählerinnen und Wähler die Welt, in der sie leben und handeln, verstehen; emotional – ob sie sich sicher und geborgen fühlen; politisch – ob sie den Eindruck haben, dass es fair, gerecht, sozial, demokratisch zugeht; partizipativ – ob sie sich einbringen und teilhaben können. Wählerinnen und Wähler wollen darauf Antworten von den Parteien erhalten.

Noch immer gruppiert sich das deutsche Parteiensystem um drei wichtige große gesellschaftspolitische Konfliktlinien: um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital; um kulturelle Differenzen der politischen Partizipation – libertär oder autoritär; um das relative Gewicht von Staat und Markt. Das Primat der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung sowie die tiefe Sehnsucht nach Sicherheit – objektive Sicherheitslage und subjektives Sicherheitsgefühl – bleiben wahlentscheidend. Die Regierung soll sicherheitskonservativ möglichst vor den Unbilden der Zukunft schützen.

Doch seit einiger Zeit kommt eine neue, vierte gesellschaftspolitische Konfliktlinie wirkungsmächtig hinzu. Es ist jene zwischen Begrenzung und Öffnung, die zwischen Globalisierungsskeptikern (Heimat-Renaissance, ortsgebundene „locals“ etc.) und ungebundenen Kosmopoliten mit urbanem Lebensstil verläuft. Diese neue gesellschafts- und parteipolitische Konfliktlinie hat mit den alten Links-Rechts-Antagonismen praktisch keine Überschneidungen.¹⁰ Dahinter steckt das

10 Zu den neuen Cleavages vgl. Wolfgang Merkel, *Schluss. Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?*, in: ders. (Hrsg.), *Demokratie und Krise*, Wiesbaden 2015, S. 473–498, hier S. 492; Ulrich Eith/Gerd Mielke, *Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien*, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.), *Parteien und soziale Ungleichheit*, Wiesbaden 2017, S. 39–61.

ideologische Konfliktpotenzial zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Werten. Gemeint ist das Spannungsfeld zwischen globalisierten Weltbürgern und nationalkonservativen Gemeinschaften. Kommunitaristische Einstellungen favorisieren Zugehörigkeit und Mitgliedschaft in nationalen und kommunalen Kontexten. Kosmopolitische Einstellungen betonen hingegen universelle Verpflichtungen.

Bewegungen und Parteien, die auf diese neue Konfliktlinie der Demokratie eingehen, füllen eine Repräsentationslücke, die von den etablierten Parteien nicht abgedeckt wird. Doch es wäre vereinfacht zu sagen, hier stehen Globalisierungsgewinner gegen Globalisierungsverlierer. Die gesellschaftspolitische Konfliktlinie orientiert sich eher an den kulturellen Globalisierungsveränsichtigten, und deren Zahl steigt stetig. Damit wird deutlich, dass die Dimension des Konflikts nicht ab-, sondern eher noch zunehmen wird und somit der Bedarf gerade in der verunsicherten Mitte der bürgerlichen Wählerschaft für eine Partei wächst, die diese gesellschaftspolitische Konfliktlinie aktiv bedient. Wer die Protestwählerschaft für die politische Mitte zurückgewinnen will, muss die weitverbreitete Skepsis gegenüber Zuwanderung ernst nehmen und als Chiffre sozialer und kultureller Verunsicherung begreifen. Wer hier als Partei inhaltlich und personell problemlösende Angebote glaubhaft macht, gewinnt Wählerstimmen zurück.

FAZIT

Die Klage über die Parteien ist ein Wesens-Kennzeichen unserer Demokratie. Wir können uns ärgern, dass die politische Mitte so erschöpft wirkt, und wir können uns sprachlos zeigen angesichts des abnehmenden Vertrauens gegenüber etablierten Parteien. Aber der Wettbewerb auf dem Parteienmarkt ist weit von einer Krise entfernt, im Gegenteil: Er lebt von der Vielfalt. Im Vergleich zu anderen Nationen ist das Vielparteiensystem in Deutschland moderat pluralistisch, mittig. Seit der Bundestagswahl 2017 ist es asymmetrischer und polarisierter geworden. Doch solange ideologische Distanzen eine Kooperation in Regierungsverantwortung nicht ausschließen, muss eine derart zunehmende Vielfalt des Wettbewerbs kein Nachteil sein.

Parteien sind Begleiter des Wandels, sie sind lernende Organisationen mit extrem ho-

her Anpassungsfähigkeit. Externe Schocks fördern ebenso den Wandel wie Einzelpersonen oder strategische Zentren in den Parteien. Die Parteien strotzen keineswegs vor Vitalität, zeigen sich aber sehr robust, krisenfest und wandlungsfähig. Sie sind Politik-Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger. Politischen Wandel erkennt man an den programmatischen Veränderungen der Parteien. Wer die liberale, offene, polyvalente Gesellschaft als Zielbild der Demokratie anstrebt, hat in Deutschland immer noch Auswahl bei der Vielfalt der Parteien. Andere europäische Länder verfügen nicht mehr über diesen Standard. Ob es so bleibt, hängt davon ab, wie wir die politischen Dienstleistungen der Mitte unterstützen, abrufen und wählen.

KARL-RUDOLF KORTE

ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien an der Universität Duisburg-Essen sowie Direktor der NRW School of Governance.

krkorte@uni-due.de

WEIMARER VERHÄLTNISS?

Zum Anteil der Parteien am Ende der Weimarer Republik

Horst Möller

„Bonn ist nicht Weimar“ – so lautete der ebenso sachliche wie beschwörende Titel eines Essays, den der Schweizer Publizist Fritz René Allemann im Jahr 1956 veröffentlichte. Damit traf er das Selbstverständnis der frühen Bundesrepublik und zugleich ihre leitende Maxime: Bonn durfte keineswegs „Weimar“ werden. Ist Berlin schon deshalb in Gefahr, Weimar zu werden, nur weil die Zahl der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien steigt und sich darunter eine populistisch-rechtsnationalistische befindet? So notwendig es ist, Erfahrungen der Geschichte für das politische Urteil zu nutzen, so wenig sinnvoll ist ständiger Alarmismus – populistische Extremisten leben von künstlich erzeugten Bedrohungsszenarien und Untergangsvisionen. Tatsächlich gehört die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu den eindrucksvollsten Beispielen, wie aus der Geschichte gelernt werden kann. Der Parlamentarische Rat 1948/49 und sein Vorgänger, der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, hatten das Scheitern der Weimarer Demokratie ständig vor Augen, war es doch die Voraussetzung für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Aus der Schlüsselfrage „Warum scheiterte die Weimarer Demokratie?“ folgt die Forderung, Gefährdungen der Demokratie zu erkennen, ohne sie zu dramatisieren.

Das Weimarer Parteiensystem stand zum einen in der Tradition der politischen Ideologien, die sich seit Aufklärung und Französischer Revolution herausgebildet hatten, zum anderen unter den konstitutionellen Rahmenbedingungen der Weimarer Verfassung. Sie führte ebenso wie die Revolution von 1918/19 zu Modifikationen des Parteiensystems. Wesentlich stärker veränderte es sich allerdings in der Auflösungsphase der Weimarer Demokratie seit 1929/30. Die ideologischen Traditionen des 19. Jahrhunderts bildeten in abgeschwächter Form noch in der Bundesrepublik den Ausgangspunkt der Parteiprogramme und traditioneller Parteibindungen: Sozialismus, Sozialdemokratie, christliche Parteien, Liberalismus, Konservativis-

mus. Dabei dominierte in der Weimarer Republik die Programmatik weitgehend die Pragmatik, was die Bildung stabiler Regierungen ebenso erschwerte wie die Vielzahl von Parteien, die im Weimarer Reichstag vertreten waren – im Höchstfall waren es 14, darunter Splitterparteien oder reine Interessenverbände. Schon darin zeigen sich die Grenzen des Vergleichs, gehören dem heutigen Bundestag doch nur sieben Parteien in sechs Fraktionen an.

Die dominierenden Parteien der Republik, die bereits im Kaiserreich bestanden, waren die SPD, die im Krieg als pazifistische Abspaltung entstandene Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), das katholische Zentrum, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) als Nachfolgerin der Konservativen sowie unter anderem Namen die beiden liberalen Parteien, die linksliberale, aus der Fortschrittspartei hervorgegangene Deutsche Demokratische Partei (DDP) sowie die Deutsche Volkspartei (DVP) als Nachfolgerin der Nationalliberalen. Die zunächst einzige echte Neugründung war die Kommunistische Partei (KPD), die aber noch nicht zu den Wahlen am 19. Januar 1919 antrat. Am 5. Januar 1919 kam die antimarxistische, antisemitische, nationalistische und antikapitalistische Deutsche Arbeiterpartei (DAP) hinzu, die sich 1920 in NSDAP umbenannte und ein Jahrzehnt lang Splitterpartei blieb. Die Abspaltung der katholisch-föderalistischen Bayerischen Volkspartei von der Zentrumspartei im November 1918 erwies sich bei einzelnen Entscheidungen, etwa der Reichspräsidentenwahl 1925, als verhängnisvoll. So unterstützte die BVP nicht den Zentrumskandidaten Wilhelm Marx, sondern den antirepublikanischen ehemaligen Chef der Obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg. Die Parallele zur Bundesrepublik ist allerdings schon deshalb fragwürdig, weil die beiden echten (überkonfessionellen) Neugründungen von 1945, CDU und CSU, seit 1949 eine Fraktionsgemeinschaft bilden und trotz mancher Querelen gemeinsame Spitzenkandidaten unterstützen.

Generell dominierten in der Weimarer Republik Weltanschauungsparteien mit starker Klassenbindung. Nur die sozial heterogene, aber konfessionell auf den katholischen Volksteil beschränkte Zentrumspartei und in geringerem Maße die überwiegend protestantische DNVP gingen über diese enge Klassenbindung hinaus. Neben den sozialen und konfessionellen Begrenzungen wiesen selbst die größten Parteien starke regionale Schwerpunkte auf. Während sie in manchen der 35 Reichstagswahlkreise absolute Mehrheiten erreichten, waren sie in anderen kaum oder gar nicht präsent. Ideologisch und sozial begrenzte Interessenparteien tun sich in der Regel schwerer, Kompromisse zu schließen, als die in der Bundesrepublik dominierenden großen Integrationsparteien, die programmatisch und faktisch schon innerparteilich zum Kompromiss gezwungen sind.

In der Weimarer Republik äußerte sich die Unfähigkeit zum echten Kompromiss darin, dass fast alle Regierungen schwach und kurzlebig waren, ab 1920 wurde fast mehr laviert als regiert. Vom Februar 1919 bis zum Regierungsantritt Hitlers am 31. Januar 1933 amtierten in 14 Jahren 20 Reichsregierungen. Auch die beiden am längsten amtierenden, die des SPD-Reichskanzlers Hermann Müller 1928 bis 1930 und die ihm folgende des Zentrums politiklers Heinrich Brüning, waren aus unterschiedlichen Gründen schwach: Das ohne formelle Koalitionsvereinbarung gebildete Mehrparteienkabinett Müller wurde von den gegensätzlichen Partnern SPD und DVP paralytisiert. Als Außenminister Gustav Stresemann als die personifizierte Klammer dieser Regierung am 3. Oktober 1929 verstarb, zerbrach sie binnen weniger Monate am Dissens ihrer Flügelparteien über die Frage, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber ein halbes Prozent Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung tragen sollten. Das folgende Präsidialkabinett Brüning besaß keine parlamentarische Mehrheit mehr, wurde jedoch überwiegend von der SPD aus Gründen der Staatsräson toleriert. Im Übrigen hing der Reichskanzler völlig von der Bereitschaft des nicht systemkonform handelnden Reichspräsidenten Hindenburg ab, ihn mit Notverordnungen regieren zu lassen.

Welch seltsame Blüten die mangelnde Kompromissfähigkeit trieb, zeigte sich oft genug: Ein geradezu selbsterstörerisches Beispiel ereignete sich am 17. November 1928, als die SPD-Fraktion ihren Reichskanzler Hermann Müller dazu zwang, im Reichstag gegen eine Vorlage zu stim-

men, die sein eigenes Kabinett zuvor beschlossen hatte. Für nicht wenige Sozialdemokraten war gesinnungstüchtige Opposition wichtiger als verantwortliches Regieren. Dazu trug nicht allein der postulierte Klassencharakter der SPD bei, die unter Führung Friedrich Eberts mehrfach über ihren eigenen Schatten gesprungen war und die Demokratie gerettet hatte, sondern auch die Tatsache, dass keine der Weimarer Regierungen populär war: Nicht ein Regierungsbonus wirkte sich bei Reichstagswahlen aus, sondern ein ausgesprochenes Regierungsmalus.

Worin lag der tiefere Grund dafür, dass sich die meisten Parteien mit einer gewissen Ausnahme der Zentrumspartei und der DDP mit dem Regieren schwertaten? Die Kontinuität des Parteiensystems über die Revolution hinaus hatte eine politische und eine personelle Kehrseite: Die Parteien waren in der Regel überaltert, hatten oligarchische Organisationsstrukturen ausgebildet und agierten aufgrund ihrer verfassungsrechtlich begrenzten politischen Möglichkeiten eher destruktiv als konstruktiv. Das konstitutionelle Verfassungssystem des Kaiserreichs hatte den Parteien keinen Einfluss auf die Regierungsbildung zugebilligt; der Reichskanzler war nicht gegenüber dem Reichstag verantwortlich, sondern gegenüber dem Monarchen. Im Konstitutionalismus besaß der Reichstag das Budgetrecht und das Gesetzgebungsrecht, konnte also Regierungsvorlagen ablehnen. An ihrer Entstehung aber war er nicht beteiligt. Opposition war das normale Geschäft, wechselnde Mehrheiten zum Beschluss von Regierungsvorlagen waren die Regel. In gewissen Grenzen dauerte dieser Dualismus von Parlament und Regierung in der Weimarer Zeit fort, weswegen der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel von „Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus“ gesprochen hat und der Historiker Karl Dietrich Bracher von Semi-Parlamentarismus. Tatsächlich förderte die Weimarer Verfassung die nur begrenzte Regierungswilligkeit der Parteien. Ein Reichskanzler war lediglich zu seiner Amtsführung, nicht aber für seinen Amtsantritt auf ein mehrheitliches Parlamentsvotum angewiesen.

Der Reichspräsident besaß anders als heute ein materielles Ernennungsrecht und konnte, wie es Hindenburg denn auch mehrfach tat, Reichskanzler berufen, die von vornherein keine Mehrheit besaßen. Der Reichspräsident konnte ihnen Notverordnungen genehmigen und gegebenenfalls den Reichstag auflösen. Diese Kombination präsidialer

Rechte stärkte den Reichspräsidenten, schwächte jedoch den Reichstag und den Reichskanzler. Die Verfassungsgeber hatten 1919 einen vermeintlichen „Parlamentsabsolutismus“ vermeiden wollen und zusätzlich plebiszitäre Elemente in die Verfassung eingebaut: In der Praxis wirkten sie nie konstruktiv, sondern wurden stets agitatorisch antidemokratisch genutzt, beispielsweise beim Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben nach dem Zweiten Weltkrieg ein konsequent parlamentarisch-repräsentatives Regierungssystem geschaffen. Gegenüber der Weimarer Verfassung stärkt das Grundgesetz das Parlament und die Regierung und weist den Parteien eine positiv definierte politische Verantwortung zu, während die „Parteienprüderie“, so der Rechtswissenschaftler und Weimarer Justizminister Gustav Radbruch, der Weimarer Republik den Parteien zutiefst misstrauisch gegenüberstand. Das Grundgesetz fördert eine stabile Regierung und bindet ihren Amtsantritt konsequent an eine Mehrheit im Bundestag. Dieses hohe Gut gilt es zu bewahren. Deshalb zählt es heute zu den beunruhigenden Symptomen, dass immer wieder Vorschläge zur Schwächung des repräsentativen Systems gemacht werden, beispielsweise durch Plebiszite auf gesamtstaatlicher Ebene. Dabei zeigen die Weimarer Erfahrungen, aber auch aktuelle Phänomene wie der Brexit, in welchem Ausmaß Plebiszite die Stunde der Populisten sind. Nicht zufällig reklamieren extreme Parteien regelmäßig für sich, „das“ Volk zu vertreten, sie polemisieren, wie in der Weimarer Republik, auch heute wieder gegen die „Systemparteien“, geben sich selbst jedoch als Anti-Parteien aus. Die Polemik gegen die politischen Eliten, gegen die Politiker überhaupt, erwies sich schon in der Weimarer Republik als verhängnisvoll. Und auch hier bedarf es heute der entschiedenen Gegenwehr. Es gibt keine Demokratie ohne Parteien und ohne Politiker.

Dies sind Einsichten von heute. Wie aber sah es in der Weimarer Republik angesichts der „Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus“, der nicht optimal agierenden Parteien und einer sie benachteiligenden Verfassungsordnung aus? Trotz dieser Ausgangslage gab es einen verheißungsvollen Start: Die drei Parteien SPD, Zentrum und DDP, die bereits bei der Friedensresolution des Reichstages 1917 und bei der Bildung des Interfraktionellen Ausschusses zusammengearbeitet hatten, vereinbarten nach der Wahl zur

konstituierenden Nationalversammlung die sogenannte Weimarer Koalition. Sie war der Versuch, konfessions- und klassenübergreifend zu integrieren. Gemeinsam errangen diese drei Parteien, die den durch Friedrich Ebert vorangebrachten Übergang zur demokratischen Republik sicherten, mit 76,2 Prozent einen überwältigenden Wahlerfolg. Die neue Regierung trat bereits im Februar 1919 unter Führung der SPD, die mit 37,9 Prozent stärkste Partei geworden war, ihr Amt an. Nationalversammlung und Regierung lösten schnell zentrale Probleme: Es wurde eine neue republikanische und demokratische Verfassung beschlossen, ein Wahlgesetz gemäß dem Verhältniswahlrecht erarbeitet, gegen extreme Widerstände die – alternativenlose – Annahme des Friedensvertrags von Versailles durchgesetzt, eine Reichsfinanzreform durchgeführt, und schließlich wurden wichtige sozial- und arbeitsrechtliche Gesetze beschlossen. Diese außergewöhnlichen Leistungen erbrachten Parlament und Regierung in weniger als 18 Monaten, trotz ständiger Unruhen, des Kapp-Putsches 1920, steigender kriegsbedingter Inflation und weiterer massiver Kriegsfolgelasten. Keine der schweren Belastungen hatte die Republik von Weimar selbst verursacht, alle waren sie vielmehr vom Kaiserreich geerbt, das den Krieg geführt und verloren hatte. Würde man die Weimarer Republik nicht stets von ihrem Untergang her beurteilen, so müsste man ihr großartige Leistungen binnen kürzester Zeit attestieren – Leistungen, die unter Führung der demokratischen Parteien erbracht wurden. Das galt auch für spätere Erfolge, vor allem für Gustav Stresemanns Locarno-Politik der Aussöhnung mit den Siegermächten und die Einbeziehung des Deutschen Reiches in eine allgemeine europäische Verständigungspolitik.

Und doch: Kaum eineinhalb Jahre nach dem grandiosen Wahlsieg verloren die drei Weimarer Parteien die erste Reichstagswahl am 6. Juni 1920 katastrophal. Die Republik hätte Zeit gebraucht, um die vielen Probleme zu bewältigen – Zeit, um den Bürgerinnen und Bürgern die Legitimität der neuen Verfassungsordnung und Staatsform sowie ihre politische und ökonomische Leistungsfähigkeit zu dokumentieren. Diese Zeit hatte die Weimarer Republik nicht. Eine Krise folgte der anderen, die massive Vermögensumschichtung infolge der Hyperinflation 1923 löste „Panik im Mittelstand“ aus, so der Soziologe Theodor Geiger. Die Lasten, die der Versailler Vertrag 1919 neben der moralischen Verurteilung den Deutschen aufer-

legte, wurden immer weniger akzeptiert. Zum Ziel innenpolitischer Restauration kam außenpolitischer Revisionismus. Den verantwortlich handelnden Politikern wurde wahrheitswidrig die Niederlage in die Schuhe geschoben. Es wurde eine „Dolchstoßlegende“ konstruiert. Der spätere Reichspräsident von Hindenburg, selbst Hauptverantwortlicher der militärischen Führung, beteiligte sich daran. Diejenigen Politiker, die versuchten, den Vertrag zu erfüllen und mit den alliierten Siegern zu verhandeln, wurden als „Erfüllungspolitiker“ diffamiert. Das politische Klima wurde durch Rechtsextremisten vergiftet, die zahlreiche politische Morde zu verantworten hatten. Zu deren Opfern zählten unter vielen anderen der zeitweilige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (Zentrum) und Reichsaußenminister Walther Rathenau (DDP). Dieser wurde nicht zuletzt deshalb diffamiert, weil er jüdischer Herkunft war. Die beiden bedeutendsten Staatsmänner der Weimarer Republik, Friedrich Ebert und Gustav Stresemann, wurden durch den ständigen Kampf gegen Diffamierungen zermürbt und starben früh.

Am Kampf gegen die Republik beteiligten sich gleichermaßen Links- wie Rechtsintellektuelle. Auch wenn es den demokratischen Parteien nicht gelang, eine republikanische politische Kultur mehrheitsfähig zu machen, so kann man ihnen die Verantwortung dafür nicht allein anlasten. Wesentliche Gründe für ihre Probleme resultierten aus der Verfassung und dem Wahlrecht, die sie allerdings 1919 selbst beschlossen hatten. Die Weimarer Republik wurde in einem mehrfachen Systemwechsel gegründet, wozu der Wechsel der Staatsform von der verherrlichten und durchaus erfolgreichen Vorkriegsmonarchie zur Republik ebenso zählte wie der Wechsel des Regierungssystems vom konstitutionellen zum (semi-)parlamentarischen. Schließlich kam 1918/19 ein partieller, insgesamt unvollendeter Wechsel von Funktionselementen hinzu. Eine derart komplexe und fundamentale Zäsur kann nur durch schnelle Erfolge die Anerkennung einer allgemeinen Mehrheit erreichen. Dafür fand sich hingegen schon 1920 nur noch eine Minderheit. Demgegenüber sind hohe Zustimmungswerte in der Bundesrepublik seit Langem die Regel. 2018 halten laut dem Meinungsforschungsinstitut Emnid 86 Prozent der Deutschen die Demokratie für die beste Regierungsform.

Die mangelnde Krisenlösungskapazität der Weimarer Verfassungsordnung und das hilflose und fehlerhafte Agieren der Parteien in der schwersten

Krise der Weimarer Demokratie ab 1929/30 waren nicht ausschließlich durch Konstruktionsmängel des Regierungs- und Parteiensystems erklärbar. Dieses wurde durch eine extrem hohe Erwerbslosigkeit mit Verarmung von nahezu 40 Prozent der Bevölkerung vor eine kaum zu bewältigende Herausforderung gestellt. Gerade systemkonforme Parteien können eine Zeit lang, aber nicht dauerhaft ohne Mehrheit in der Bevölkerung agieren.

War also der Untergang der Demokratie 1930 bis 1933 zwangsläufig? Keineswegs. So war ihr gefährlichster Feind, die NSDAP, bis 1930 eine Splitterpartei mit nur 2,6 Prozent der Stimmen auf Reichsebene. Die verfehlte, geradezu dilettantische Auflösung des Reichstages im Sommer 1930, für die Reichskanzler Brüning (Zentrum) ebenso wie die SPD-Fraktion verantwortlich waren, zog die erst für 1932 anstehenden Wahlen in die schwerste Wirtschaftskrise der Republik vor und ließ die NSDAP am 14. September 1930 auf 18,3 Prozent anschwellen. Da die ebenfalls systemfeindliche KPD immerhin 13,1 Prozent erreichte und die DNVP 7 Prozent, rückte der antidemokratische Teil des Reichstages gefährlich nahe an die Mehrheit heran, ohne dass dieses Warnzeichen verstanden worden wäre. Die nächste Neuwahl am 31. Juli 1932 erbrachte eine Obstruktionsmehrheit der totalitären Parteien NSDAP und KPD, während die politische Mitte zerrieben wurde. Für diese Neuwahl trugen bereits Hindenburg, seine Entourage und der Reichskanzler Franz von Papen die Verantwortung. Bis zum Ende der Republik bestanden also Alternativen. Doch sogar in ihrer existenziellen Bewährungsprobe, während der sich Verfassungskrise und Wirtschaftskrise wechselseitig verschärften, vermochten es die schon außerordentlich geschwächten demokratischen Parteien nicht, einen Kompromiss zu finden, der sie bis zur regulären Reichstagswahl 1934 gerettet hätte – bis zu einem Zeitpunkt, an dem sich in fast allen Staaten Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit abschwächen sollten.

Will man die Weimarer Republik gerecht beurteilen, ist ein Blick über die Grenzen hilfreich. Und dieser Blick ist ernüchternd: Kaum eine der nach dem Ersten Weltkrieg neugegründeten Demokratien überlebte die europäische Krise des Parlamentarismus, in fast allen ergriffen schon seit den 1920er Jahren autoritäre, faschistische oder militaristische Diktaturen die Macht. Auch jetzt ist wieder ein europäischer Vergleich angebracht: Heute zählt die Bundesrepublik weltweit zu den

stabilsten Demokratien, in kaum einem Staat sind nationalistische Populisten vergleichbar schwach. Die Bundesrepublik zählt zu den wenigen Staaten, in denen die derzeitige Renationalisierung beziehungsweise ein auflebender Nationalismus keine Breitenwirkung erlangt haben, was nicht zuletzt auf den antitotalitären Grundkonsens in der Bundesrepublik und ihre nachhaltige Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur zurückzuführen ist. Wie wesentlich es ist, die Jugend zu gewinnen, dafür bietet die Weimarer Republik ebenfalls ein warnendes Beispiel: Den überalterten demokratischen Parteien standen nur zwei gegenüber, deren Funktionäre, Mitglieder und Wähler überwiegend jung waren, die NSDAP und die KPD: Sie vermittelten scheinbar Zukunftsperspektiven und Aufbruchsstimmung, die heutigen Nationalisten aber Untergangsstimmung.

Alles in allem gibt es derzeit keine Indizien für eine vergleichbare Gefährdung der Demokratie. Die Verfassungsordnung des Grundgesetzes gewährleistet die größtmögliche Stabilität der Regierungen und gemeinsam mit dem Wahlrecht die Bildung von Mehrheiten im Bundestag. Sie verbindet Verhältniswahl und Persönlichkeitswahl und erschwert zusätzlich mittels der Fünfprozenthürden den Einzug in den Bundestag. Auch diese Regelungen sind der Lehre aus den Weimarer Verhältnissen geschuldet. Anders als die Weimarer Republik gelangte die Bundesrepublik nicht zuletzt dank einer liberalen und sozialen Marktwirtschaft überraschend schnell zu Erfolgen in nahezu allen Sektoren. Schon nach wenigen Jahren akzeptierte die große Mehrheit der Bevölkerung den neuen Staat. Diese Entwicklung ist wesentlich der Politik der Regierungen Adenauer sowie der klaren Zielorientierung und politischen Durchsetzungskraft des 14 Jahre amtierenden Bundeskanzlers zu verdanken. Auf diesem Fundament ruhte künftig die Stabilität der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik. Die Zahl der im Bundestag vertretenen Fraktionen beziehungsweise Gruppen verminderte sich von 1949 zehn bis 1961 auf drei, bevor sie sich seit 1983 durch die zunächst nicht systemkonformen Grünen wieder auf vier erhöhte. Doch wurden auch sie schließlich eine „normale“ regierungsfähige Partei.

Die extreme Polarisierung des Freund-Feind-Denkens der Weimarer Jahre (und der NS-Diktatur) existiert heute nicht mehr – eher das Gegenteil einer zu großen Ähnlichkeit der großen Parteien, die klare politische Alternativen verwischt. Es ist

schädlich für eine demokratische Kultur, selbstverständliche Kontroversen pejorativ zum „Parteienstreit“ abzuqualifizieren. Auch ist Kritik an geradezu obrigkeitstaatlich anmutender staatlicher oder europäischer Regelungswut nicht systemwidrig, sondern indiziert die Einschränkung unverzichtbarer liberaler Grundprinzipien und individueller Selbstverantwortung.

Ein weiterer Vergleich ist aufschlussreich: Die ökonomisch stark geschwächte Weimarer Republik konnte die riesigen sozialen Probleme von sechs Millionen Erwerbslosen und ihren Familien nicht lösen, was sie in die Fänge der extremen Parteien trieb. Die wirtschaftlich starke Bundesrepublik konnte sowohl die Jahre mit ungefähr fünf Millionen Arbeitslosen sowie die schwere Banken- und Finanzkrise relativ gut bewältigen. Haushaltssanierung ist also alles andere als ein Selbstzweck, vielmehr ermöglicht sie einem finanziell stabilen Staat in schweren wirtschaftlichen Krisen die notwendige soziale Abfederung. Gelingt das nicht, dann erodieren selbst scheinbar gefestigte Parteiensysteme, wie die Wahlen am Ende der Weimarer Republik sowie in hochverschuldeten Staaten in den vergangenen Jahren demonstrieren – dann schlägt die Stunde der Populisten, die vorgeben, einfache Lösungen für komplexe Probleme zu haben.

Aus der Geschichte der Weimarer Republik kennen wir transnationale Radikalisierungen, die buchstäblich in andere Staaten überschwappen. Insofern ist die Krise der parlamentarischen Demokratien im Europa der Zwischenkriegszeit ein Menetekel. Angesichts der engen europäischen Verflechtung ist das ständige Anwachsen nationalpopulistischer, gelegentlich auch linkspopulistischer Bewegungen in anderen EU-Mitgliedstaaten bedrohlich auch für die stabilen Demokratien: Inseln der Seligen lassen sich kaum bewahren, wenn benachbarte Demokratien gefährdet sind oder gar einstürzen.

Dieser Beitrag erschien erstmals in: Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hrsg.), *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*, Ditzingen 2017.

HORST MÖLLER

ist emeritierter Professor für Geschichte und leitete bis 2011 das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

moeller@ifz-muenchen.de

GESCHICHTE DER PARTEIENLANDSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK

Lothar Probst

Wer von Nord nach Süd oder von West nach Ost durch Deutschland fährt, erlebt unterschiedliche und abwechslungsreiche Landschaften. Nicht anders verhält es sich bei einer Zeitreise durch die deutsche Parteienlandschaft, denn von den Anfängen bis heute hat sich diese mehrfach verändert: Manche Parteien sind längst verschwunden, andere sind hinzugekommen. Üblicherweise strukturiert die politikwissenschaftliche Parteiensystemanalyse die historische Betrachtung der bundesdeutschen Parteienlandschaft in Phasen.⁰¹ In diesem Beitrag knüpfe ich zwar an Erkenntnisse der Parteiensystemanalyse an, erzähle aber die Geschichte der Parteienlandschaft der Bundesrepublik entlang von Leitmotiven, die bestimmte Abschnitte der Entwicklung geprägt haben. Dabei konzentriere ich mich im Wesentlichen auf die Parteien, die seit 1949 im Bundestag vertreten waren beziehungsweise sind.

IM ZEICHEN VON WEIMAR

Die Wieder- und Neugründung von Parteien fand nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst vor allem auf lokaler und regionaler Ebene statt. Überall formierte sich, reguliert durch die Lizenzierungspolitik der Siegermächte, eine Vielfalt von Parteien, die weitgehend an historische Vorläufer aus der Weimarer Republik anknüpften. In den Westzonen erlangten unter den Regionalparteien vor allem die Bayernpartei (BP), die Deutsche Zentrumspartei (DZP) und die vorwiegend in Norddeutschland beheimatete rechtsnationalistische Deutsche Partei (DP) Bedeutung. Auch die neugegründeten Antisystemparteien⁰² am rechten Rand, zu denen die Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei (DKP/DRP) sowie die 1949 gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) zählten, orientierten sich an Vorgängerparteien in der Weimarer Republik. Zugleich bildeten sich infolge des Endes des Deutschen

Reiches auf regionaler Ebene auch neue Gruppierungen wie die von Flüchtlingsverbänden unterstützte Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV), die vor allem in Bayern Erfolge erzielen konnte, sowie der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der sich für die Eingliederung von Südschleswig nach Dänemark einsetzte.⁰³ Zu den neuen parteipolitischen Vereinigungen gesellte sich nach 1950 noch der Bund der Heimatvertriebenen (BHE; ab 1952 Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten GB/BHE).

Während sich aufseiten der konservativen und liberalen Kräfte die Gründung neuer Parteiorganisationen zunächst ebenfalls auf lokaler und regionaler Ebene vollzog, konnte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) unter Führung von Kurt Schumacher an ihre zum Teil ins Ausland verlagerten Führungs- und Organisationsstrukturen anknüpfen und schon nach kurzer Zeit in den Westzonen ihren Wiederaufbau in Angriff nehmen.⁰⁴ Das galt im Großen und Ganzen auch für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in den Westzonen, die jedoch organisatorisch und politisch mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Sowjetischen Besatzungszone verbunden blieb und sich erst 1949 formal selbstständig machte.⁰⁵ Die entscheidende parteipolitische Innovation in dieser Zeit war die Gründung der Unionsparteien, der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Christlich-Sozialen Union (CSU), als interbeziehungsweise überkonfessionelle Sammlungsbewegung.⁰⁶ Mit der angestrebten Überwindung sowohl der konfessionellen Spaltung Deutschlands als auch sozialer Klassenschranken trugen sie von Anfang an den Keim einer zukünftigen Volkspartei in sich. Aus lokalen und regionalen Gründungsinitiativen, die das liberale und nationalliberale Erbe der Weimarer Republik repräsentierten, ging in einem längeren Prozess auch die Freie Demokratische Partei (FDP) hervor.

Die Vielfalt der zwischen 1945 und 1949 entstandenen Parteienlandschaft spiegelte sich nach der ersten Bundestagswahl im Bundestag wider: Von 15 Parteien, die 1949 zur Wahl antraten, gelang es elf Parteien und drei Einzelbewerbern, Mandate zu erzielen. Der Parteienforscher Jürgen Falter hat diese Bundestagswahl deshalb auch „als letzte Wahl der Weimarer Ära“ charakterisiert.⁰⁷ Parteipolitisch sei sie ein „Element der Kontinuität und des Übergangs“ gewesen: „Organisatorisch, ideologisch und personell knüpften die neu- bzw. wiedergegründeten Parteien teilweise da wieder an, wo sie oder ihre parteipolitischen Vorgänger 1933 aufgehört hatten.“⁰⁸ Allerdings trug auch das bei dieser Wahl geltende Wahlrecht maßgeblich zur Zersplitterung der Parteienlandschaft bei. Die Sperrklausel von fünf Prozent galt nur innerhalb der verschiedenen Bundesländer, und für den Einzug in den Bundestag reichte schon ein Direktmandat. Dadurch hatten auch die zahlreichen Regionalparteien eine Chance, Mandate zu erringen.

„DEUTSCHES WAHLWUNDER“

Aufgrund der zersplitterten Parteienlandschaft und der vielen Fraktionen im Parlament sprach man nach der ersten Bundestagswahl schon von einem Scheitern des politischen Neubeginns.

01 Vgl. stellvertretend Ulrich von Alemann, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2003; Oskar Niedermayer, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik*, in: ders. (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden 2013, S. 739–765.

02 Vgl. Winfried Becker, *Die Überwindung des Vielparteienstaates. Vom Weimarer zum Bonner Modell*, in: *Historische Politische Mitteilungen/Archiv für Christlich-Demokratische Politik* 17/2010, S. 1–24, hier S. 14.

03 Vgl. ebd.

04 Vgl. Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*, Bonn 1982.

05 Vgl. Till Kössler, *Kaderpartei oder Milieupartei? Die KPD in Westdeutschland 1945 bis 1960*, in: Ulrich Mählert et al. (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004, Berlin 2004, S. 131–155, hier S. 133.

06 Vgl. Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Volkspartei 1945–1969*, Stuttgart–München 2001; Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen 1975.

07 Jürgen W. Falter, *Kontinuität und Neubeginn: Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 3/1981, S. 236–263, hier S. 237.

08 Ebd., S. 242.

Doch innerhalb von nur zwei Legislaturperioden vollzog sich eine unerwartete Flurbereinigung der parlamentarischen Parteienlandschaft, die als das „deutsche Wahlwunder“ in die Parteigeschichte einging.⁰⁹ Konnten bei der Bundestagswahl 1953 außer den Unionsparteien, der SPD und der FDP auch noch der GB/BHE, die DP und die DZP Mandate gewinnen, gelang das 1957 unter den Regionalparteien dank Wahlabsprachen mit der CDU nur noch der DP. Als danach zahlreiche Abgeordnete der DP zur CDU wechselten, war die parlamentarische Parteienlandschaft zu Beginn der 1960er Jahre de facto auf drei Parteien zusammengeschrumpft. Aufgrund von Besonderheiten in den Bundesländern spielten dort zwar noch eine Weile andere Parteien eine Rolle, aber in den Grundzügen hatte sich auch auf Landesebene im Laufe der 1950er Jahre die oft als Zweieinhalbparteiensystem charakterisierte Konstellation aus Union, SPD und FDP durchgesetzt – eine Konstellation, die 22 Jahre Bestand hatte und das goldene Zeitalter der Volksparteien in der Bundesrepublik einleitete.

Das „deutsche Wahlwunder“ fiel jedoch nicht vom Himmel, sondern verdankte sich kleinen, aber wirksamen Korrekturen am Wahlrecht¹⁰ sowie einer Reihe von Faktoren, die 1949 noch niemand überblicken konnte. Dazu gehörte die Anziehungskraft, die die Unionsparteien entfalten konnten. Durch ihre klare Abgrenzung von Sowjetunion und DDR während des Kalten Krieges und ihre erfolgreiche Wirtschaftspolitik, der man das „Wirtschaftswunder“ der 1950er Jahre zuschrieb, konnten sie die kleineren rechtskonservativen Parteien nach und nach verdrängen beziehungsweise absorbieren. Außerdem trugen vom Bundesverfassungsgericht verhängte Verbotsurteile gegen die SRP (1952) und die KPD (1956) dazu bei, die Anzahl der Wettbewerber zu verringern, wenngleich die KPD schon Anfang der 1950er Jahre immer mehr an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hatte und bereits seit 1953 nicht mehr im Bundestag vertreten war.

09 Christian-Claus Baer/Erwin Faul (Hrsg.), *Das deutsche Wahlwunder*, Frankfurt/M. 1953.

10 Durch die Einführung des Zweistimmenwahlrechts mit einer Fünfprozenthürde im nationalen Wahlkreis zur Bundestagswahl 1953 sowie einer Erhöhung der Grundmandatsklausel auf drei Direktmandate zur Bundestagswahl 1957 verringerten sich die Chancen der Regionalparteien, Mandate zu erzielen.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile in Prozent sowie Mitgliederzahlen von Union und SPD bei Bundestagswahlen bis 1983

BUNDES-TAGSWAHL	WAHL-BETEILIGUNG	STIMMENANTEIL UNIONSPARTEIEN	STIMMEN-ANTEIL SPD	MITGLIEDER CDU	MITGLIEDER SPD
1949	78,5	31,0	29,2	–	–
1953	86,0	45,2	28,8	215 000	607 456
1957	87,8	50,2	31,8	253 605	626 198
1961	87,7	45,3	36,2	248 409	644 780
1965	86,7	47,6	39,3	287 591	710 448
1969	86,7	46,1	42,7	303 532	778 945
1972	91,1	44,9	45,8	422 968	954 394
1976	90,7	48,6	42,2	652 010	1 022 191
1980	88,6	44,5	42,9	693 320	986 872
1983	89,0	48,8	38,2	734 555	925 630

Quellen: Bundeswahlleiter; Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum 27/2015.

GOLDENES ZEITALTER

Sieht man von einigen Turbulenzen Mitte bis Ende der 1960er Jahre ab, als die 1964 gegründete rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in einige Landesparlamente einziehen konnte und bei der Bundestagswahl 1969 nur knapp den Sprung über die Fünfprozenthürde verpasste,¹¹ waren die 22 Jahre zwischen den Bundestagswahlen 1961 und 1983 nicht nur das goldene Zeitalter der Volksparteien, sondern der Parteiendemokratie überhaupt.

So konnte die SPD nach ihrem Parteitag in Bad Godesberg 1959, der zur Entrümpelung der Parteiprogrammatik und einer Öffnung zur politischen Mitte führte, bei den jeweiligen Bundestagswahlen zulegen und sich zunehmend auf Augenhöhe mit der Union messen, sodass sich die asymmetrische Konstellation der 1950er Jahre nach und nach auflöste. Vor diesem Hintergrund erreichte die Zweiparteiendominanz 1972 und 1976 ihren Höhepunkt, als die Unionsparteien und die SPD bei einer Wahlbeteiligung von

jeweils etwas über 90 Prozent zusammen mehr als 90 Prozent der Stimmen- und Mandatsanteile erzielten (*Tabelle 1*).

Auch die Mitgliederzahlen der Parteien stiegen. Die SPD, von Anfang an mitgliederstärkste Partei, konnte nach anfänglichen Verlusten im Laufe der 1960er Jahre ihre Mitgliederzahl deutlich steigern, die 1976 mit über einer Million Mitglieder ihren Zenit erreichte. Auch die CDU, zunächst vorwiegend als Honoratiorenpartei auf lokaler und regionaler Ebene organisiert, nahm auf ihrem Parteitag 1967 Parteireformen in Angriff, um eine handlungsfähige Bundespartei zu schaffen.¹² Das drückte sich unter anderem in steigenden Mitgliederzahlen aus, die sich in mehreren Sprüngen von 215 000 im Jahr 1961 auf über 650 000 im Jahr 1976 entwickelten (*Tabelle 1*). Zugleich hatten sich die Interaktionsbeziehungen zwischen den Parteien gelockert. Alle drei Parteien des Zweieinhalbparteiensystems waren nun untereinander koalitionsfähig, sodass es 1966 und 1969 zu Regierungswechseln kam.

¹¹ Vgl. Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt/M. 1999.

¹² Vgl. Wulf Schönbohm, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985.

Das Konzept und die Rolle von Volksparteien, die sich ab Anfang der 1990er Jahre dank ihrer Bindungs- und Integrationskraft zu den entscheidenden Stabilitätsankern der Parteiendemokratie entwickelt hatten, wurden in dieser Zeit auch Gegenstand politikwissenschaftlicher Reflexionen. So beschäftigte sich Otto Kirchheimer 1965 systematisch mit der Volkspartei als neuem Parteitypus.¹³ Kirchheimer argumentierte, dass sich Volksparteien im Unterschied zu den Massenintegrationsparteien der 1920er Jahre entideologisiert hätten. Da aufgrund sozialstruktureller Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg die ehemalige milieugebundene Wählerbasis der alten Massenintegrationsparteien weggebrochen sei, würden sich die großen Parteien nicht mehr allein auf ein bestimmtes sozialmoralisches Milieu stützen, sondern Stimmenmaximierung in alle Richtungen betreiben. Kirchheimers Konzept der Volkspartei wurde in der Politikwissenschaft immer wieder kontrovers diskutiert,¹⁴ bildet aber dennoch bis heute das Fundament aller Definitionsversuche. Welche Kriterien eine Partei zur Volkspartei machen, ist Gegenstand vieler Erörterungen, die jedoch keinen Konsens hervorgebracht haben.¹⁵ Übereinstimmung besteht darin, dass Volksparteien ihre Mitglieder und Wähler klassen-, schicht- und konfessionsübergreifend rekrutieren und mobilisieren sowie bereit und willens sein müssen, allein oder in Koalitionen mit anderen Regierungsverantwortung zu übernehmen.

ERGRÜNEN DER PARTEIENLANDSCHAFT

Anfang der 1980er Jahre läutete das Aufkommen einer vollkommen neuen Partei, die an keine historischen Vorläufer anknüpfte, einen unerwarteten Wandel der Parteienlandschaft ein. Begünstigt durch die föderalen Strukturen des Parteiensystems konnten sich die Grünen zunächst erfolgreich auf lokaler und regionaler Ebene verankern, bevor sie 1983 im zweiten An-

lauf auch den Einzug in den Bundestag schafften. Nach weiteren Erfolgen bei Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen waren die Grünen Ende der 1980er Jahre zu einem festen Bestandteil der Parteienlandschaft geworden. Entlang der neuen Konfliktlinie Ökologie versus Ökonomie sprachen sie vornehmlich Wählerinnen und Wähler aus den neuen Mittelschichten an, die sich durch die im Bundestag vertretenen Parteien nicht mehr repräsentiert fühlten. Dabei konnten sie sich unter anderem auf die neuen sozialen Bewegungen stützen, die im Laufe der 1970er Jahre rund um die Themen Atomenergie, Umwelt, Aufrüstung und Gleichberechtigung entstanden waren.¹⁶ Neuere kulturgeschichtliche Forschungen betonen außerdem, dass sich die Entstehung der Grünen der Interaktion eines ideologisch heterogenen Spektrums von Gruppen, Organisationen und Einzelpersonlichkeiten verdankte, die sich auf Ökologie als diskursive Klammer verständigt hatten.¹⁷ Aus einem Kleeblatt mit drei Parteien wurde ein Quartett, und es bildete sich nach und nach eine Zwei-Lager-Konstellation heraus: Union und FDP standen nun SPD und Grünen gegenüber.

Das war jedoch nicht die einzige Veränderung: Ende der 1980er Jahre konnte auch eine Partei rechts der Union wieder Erfolge bei Wahlen erzielen. Die von ehemaligen CSU-Mitgliedern gegründeten Republikaner zogen 1989 sowohl in das Europaparlament als auch in das Abgeordnetenhaus von Berlin ein. Weitere Wahlerfolge gelangen ihnen Anfang der 1990er Jahre. Auch wenn der Partei Erfolge auf Bundesebene versagt blieben, deutete sich sowohl mit der Gründung der Grünen als auch mit den Wahlerfolgen der Republikaner ein Ende der stabilen Bonner Dreiparteienrepublik an.

EIN DEUTSCHLAND, ZWEI PARTEIENLANDSCHAFTEN

Einen tiefen Einschnitt in die weitere Entwicklung der Parteienlandschaft brachte die Deutsche Einheit mit sich: Durch Allianzen mit ehemaligen Blockparteien der DDR vollzogen die Unionsparteien und die FDP die parteipolitische

¹³ Vgl. Otto Kirchheimer, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 1/1965, S. 20–41.

¹⁴ Vgl. Peter Lösche, *Ende der Volksparteien*, in: *APuZ* 51/2009, S. 6–12.

¹⁵ Vgl. Oskar Niedermayer, *Die Kontroverse um die Entwicklung der Volksparteien in Deutschland*, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), *Deutsche Kontroversen*, Baden-Baden 2013, S. 523–534.

¹⁶ Vgl. Lothar Probst, *Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)*, in: Niedermayer (Anm. 1), S. 509–540.

¹⁷ Vgl. etwa Silke Mende, *„Nicht links, nicht rechts, sondern vorn“*. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

Vereinigung. Die SPD dagegen tat sich zunächst schwer, mit der vornehmlich von Bürgerrechtlern gegründeten Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) zu fusionieren. Unter dem Druck der 1990 anstehenden Wahlen hatte sie aber kaum eine Alternative, zumal Reformkräfte unter Führung von Gregor Gysi die SED in die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) überführten.¹⁸ Die Grünen wiederum scheiterten nach einem an der historischen Situation vorbeigehenden Wahlkampf, der das Klima statt die Deutsche Einheit ins Zentrum stellte, im Wahlgebiet West¹⁹ an der Fünfprozenthürde. Außerdem hatten sie davon abgesehen, sich im Vorfeld der Wahl mit der in Ostdeutschland antretenden Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegungen zusammenzuschließen, die im Wahlgebiet Ost immerhin über die Fünfprozenthürde kam.²⁰ Vor diesem Hintergrund schafften es nur die Unionsparteien, die SPD, die FDP, die PDS und Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegungen, Mandate bei der Bundestagswahl 1990 zu erringen.

Schon bei den Landtagswahlen in den wiedergegründeten ostdeutschen Ländern im Oktober 1990 sah es zunächst so aus, als würde sich in Ostdeutschland eine Parteienlandschaft nach dem Muster der Bundesrepublik etablieren. Nur die PDS erschien damals als kurzfristiger Störfaktor, der bald aus den Parlamenten verschwinden würde.²¹ Die Nachfolgepartei der SED erwies sich jedoch als wesentlich robuster, als viele dachten. Im Laufe der 1990er Jahre konnte sie sogar deutliche Zugewinne bei den Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern verzeichnen und sich bei Bundestagswahlen – 1994 dank einer ausreichenden Zahl an Direktmandaten – be-

haupten.²² FDP und Bündnis 90/Die Grünen²³ verschwanden dagegen nach und nach aus den ostdeutschen Landtagen, sodass sich zwei unterschiedliche Parteienlandschaften herausbildeten: In Ostdeutschland ein Dreiparteiensystem aus CDU, SPD und PDS, in Westdeutschland das Quartet aus CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Dank ihrer elektoralen Stärke in Ostdeutschland gesellte sich die PDS auf Bundesebene zu diesem Quartett, während sie in Westdeutschland eine Partei ohne nennenswerte Wählerunterstützung blieb.

ABSTIEG DER VOLKSPARTEIEN

Bereits in den 1980er Jahren hatte in der Politikwissenschaft eine Diskussion über den Abstieg der Volksparteien begonnen, die sich mit einer Welle von Veröffentlichungen fortsetzte, in denen Krise, Niedergang oder Ende der Volksparteien beschworen wurden.²⁴ Einige der ersten Untergangsprognosen halten einer Überprüfung jedoch nur bedingt Stand. Denn trotz abnehmender Mobilisierungsfähigkeit ab den 1980er Jahren blieben sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene Wahlergebnisse der beiden Volksparteien von 40 Prozent und mehr bis Ende der 1990er Jahre die Regel. Darüber hinaus stand die Zweiparteiendominanz, also der Erwerb von zwei Dritteln der Mandate, in dieser Zeit nicht zur Disposition. Bis 2005 funktionierte auf Bundesebene auch die alternierende Regierungsbildung durch kleinstmögliche Gewinnkoalitionen unter Führung entweder der Union oder der SPD, und selbst absolute Mehrheiten für CDU und SPD waren in den vergangenen 25 Jahren in einzelnen Bundesländern keine Seltenheit – von der hegemonialen Stellung der CSU in Bayern ganz abgesehen. Der Parteienforscher Oskar Niedermayer meint des-

18 Im Dezember 1989 wurde die SED zunächst in SED-PDS umbenannt, im Februar erfolgte die Umbenennung in PDS. Vgl. Manfred Behrend, *Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei*, Köln 2006.

19 Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurden bei der Bundestagswahl 1990 einmalig zwei Wahlgebiete geschaffen: Westdeutschland (inklusive West-Berlin) und Ostdeutschland (inklusive Ost-Berlin), um auch kleineren Parteien in Ostdeutschland die Chance zu geben, über die Fünfprozenthürde zu kommen.

20 Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegungen war eine im Wahlgebiet Ost zur Bundestagswahl 1990 antretende Listenvereinigung aus der Grünen Partei Ostdeutschland und verschiedenen Bürgerbewegungen.

21 Vgl. Patrick Moreau, *Anatomie einer postkommunistischen Partei*, Bonn–Berlin 1992.

22 Vgl. Behrend (Anm. 18).

23 1993 hatten sich die Westgrünen in einem Assoziationsvertrag mit Teilen der ostdeutschen Bürgerbewegungen zu der gemeinsamen Partei Bündnis 90/Die Grünen zusammengeschlossen.

24 Vgl. u. a. Rudolf Wildemann, *Volksparteien. Ratlose Riesen?*, Baden-Baden 1989; Elmar Wiesendahl, *Volksparteien im Abstieg. Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte*, in: APuZ 34–35/1992, S. 3–14; Lösche (Anm. 14); Franz Walter, *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld 2009; Oskar Niedermayer, *Die Erosion der Volksparteien*, in: *Zeitschrift für Politik* 3/2010, S. 265–277.

Tabelle 2: Zweitstimmenergebnisse von Union und SPD und gemeinsamer Anteil an den Mandaten in Prozent bei Bundestagswahlen 2002–2017

BUNDESTAGSWAHL	UNIONSPARTEIEN		SPD		ANTEILE VON UNION UND SPD AN ALLEN MANDATEN
	Stimmenanteil	Ergebnis im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten	Stimmenanteil	Ergebnis im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten	
2002	38,5	30,1	38,5	30,1	86,0
2005	35,2	26,9	34,2	26,2	73,1
2009	33,8	23,6	23,0	16,1	61,9
2013	41,5	29,3	25,7	18,2	80,0
2017	32,9	24,8	20,5	15,5	56,3

Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Berechnung.

halb zu Recht, dass die „Entwicklung der elektoralen und parlamentarischen Dominanz der Volksparteien (...) als ein Prozess beschrieben werden [kann], in dem sich Erosionsphasen mit Phasen relativer Stabilität oder sogar Erholungsphasen abwechseln“.²⁵

Seit Beginn der 2000er Jahre nehmen die Symptome einer Erosion der Volksparteien jedoch deutlich zu. Geht man von der Bundestagswahl 2002 aus, konnte nur die Union im „Ausnahmewahljahr“²⁶ 2013 dank der Disproportionseffekte der Fünfprozentklausel noch einmal ein Wahlergebnis von über 40 Prozent erzielen. Bei allen anderen Bundestagswahlen in diesem Zeitraum überzeugten die beiden Volksparteien immer weniger Wählerinnen und Wähler, am deutlichsten 2009 und 2017, in denen die Zweiparteiendominanz verfehlt wurde. Noch dramatischer ist der elektorale Abstieg von Union und SPD mit Blick auf die Anzahl der Wahlberechtigten, die beide noch für sich gewinnen (*Tabelle 2*).

Auch die Mitgliederzahlen sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten stark gesunken. Trotz eines befristeten Mitgliederzuwachses durch die Vereinigung mit den Blockparteien der DDR hat die CDU zwischen 1990 und 2017 mit einem Minus von 46,1 Prozent fast die Hälfte ihrer Mitglie-

der verloren. Nicht besser ergeht es der SPD, die in diesem Zeitraum sogar 53 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt hat.²⁷

Nicht zuletzt signalisierten die im Laufe der 2010er Jahre stattfindenden Bewegungen in der Parteienlandschaft einen Wandel: In Hamburg machte 2002 die neugegründete Partei Rechtstaatliche Offensive (PRO, später Schill-Partei) mit einem Wahlergebnis von über 19 Prozent Furore, während in Ostdeutschland die NPD in Sachsen 2004 zum ersten Mal seit Ende der 1960er Jahre wieder in einen Landtag einzog. Auch die von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine betriebene Vereinigung der PDS mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) als neue gesamtdeutsche Partei Die Linke, die seit 2005 vor allem auf Kosten der SPD Wahlerfolge erzielt, markierte einen Einschnitt.

Zugleich dreht sich das Karussell neu entstehender Parteien auf Landes- und Bundesebene immer schneller: In Bayern gelang es den Freien Wählern, bei der Landtagswahl 2008 über zehn Prozent der Stimmen zu erringen, und 2011 und 2012 zog die neugegründete Partei „Die Piraten“ in mehrere Landtage ein.²⁸ Die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007, die in eine Euro-Krise

²⁵ Niedermayer (Anm. 15), S. 530.

²⁶ Ders., Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren im Jahrzehnt europäischen Wandels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2018, S. 286–303, hier S. 303.

²⁷ Vgl. ders., Parteimitgliedschaften im Jahre 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2018, S. 346–371, hier S. 347. Zur Problematik des Vergleichs absoluter Mitgliederzahlen vgl. ders. (Anm. 15), S. 531.

²⁸ Vgl. ders. (Hrsg.), Die Piratenpartei, Wiesbaden 2013.

mündete, wurde zum Treibsatz für die Gründung der Alternative für Deutschland (AfD), die bei der Bundestagswahl 2013 aus dem Stand fast die Fünfprozenthürde nahm und 2017 12,6 Prozent der Stimmen erreichte.

Durch ihre kritische Haltung gegenüber der Euro-Rettungspolitik verfügte die AfD über ein Alleinstellungsmerkmal, das sie deutlich von den Mitbewerbern unterschied. Zudem vermittelte sie als „Partei der Wirtschaftsprofessoren“ und ehemaliger Mitglieder anderer Parteien einen seriösen Eindruck und trat mit einer dosiert rechtskonservativen sowie marktfreundlichen Position auf.²⁹ Sie füllte damit das politische Vakuum am rechten Rand des Parteienspektrums, das durch die Bewegung der CDU in die Mitte frei geworden war. Trotz beachtlicher Erfolge bei den Landtagswahlen nach 2013 stand die AfD nach der Abspaltung eines Teils ihrer Gründungsmitglieder im Sommer 2015 kurz vor dem Scheitern, aber die neue Führung nutzte aufziehende Konflikte im Zuge der großen Migrationsbewegungen im Herbst 2015, um die Partei mit einer dezidiert zuwanderungskritischen und nationalkonservativen Haltung in das Fahrwasser vergleichbarer rechtspopulistischer Parteien in Europa zu führen.³⁰ Seit ihrem Einzug in den Bundestag als drittstärkste Partei bei der Bundestagswahl 2017 ist die AfD sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene ein Faktor in der Parteienlandschaft. Mit Wahlergebnissen in Ostdeutschland von über 20 Prozent hat sie dort bereits zur CDU und SPD aufgeschlossen beziehungsweise diese sogar überholt, und 2018 konnte sie bei der Landtagswahl in Bayern an der SPD vorbeiziehen.

Der Aufstieg neuer Parteien seit den 1980er Jahren hat zwar den Abstieg der Volksparteien beschleunigt, ist aber nicht die Ursache dafür. Einen starken Einfluss auf ihre schleichende Erosion hatte der seit den 1970er Jahren erfolgte sozialstrukturelle Wandel. Die dadurch ausgelöste Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft wirkte sich auf das Wahlverhalten

aus, das angesichts abnehmender Parteiidentifikationen und Milieubindungen volatiler wurde und neuen Parteien zugutekam. Auch Ereignisse wie die Deutsche Einheit, die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 sowie die Fluchtbewegungen 2015 haben tiefe Spuren im Gefüge der Parteienlandschaft hinterlassen. Nicht zuletzt haben Korrekturen am Profil der Volksparteien ihren Abstieg forciert. Das gilt nicht nur für die SPD mit der „Agenda 2010“, sondern auch für die Union mit der Aufweichung klassischer konservativer Positionen.

AUSBLICK

Die Parteienlandschaft der Bundesrepublik steuert auf einen Wandel zu. Die über Jahrzehnte vorherrschende Dominanz zweier Volksparteien geht zu Ende. Stattdessen zeichnet sich in Umrissen ein Mehrparteiensystem mit der Union als Führungspartei, die gleichwohl auch an Dominanz verliert, zwei bis drei Mittelparteien und einigen kleineren Parteien ab. Das verändert die Interaktionsbeziehungen zwischen den Parteien und erschwert zukünftige Koalitionsbildungen. Bereits jetzt gibt es auf Landesebene mehrere Dreiparteienkoalitionen in unterschiedlicher Zusammensetzung. Der Trend zu solchen Bündnissen wird sich voraussichtlich fortsetzen. Gleichwohl ist Vorsicht bei Prognosen über die weitere Entwicklung der Parteienlandschaft geboten, denn die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass unerwartete Ereignisse und Entwicklungen dem Wandel der Parteienlandschaft immer wieder eine andere Richtung geben können.

²⁹ Vgl. David Bebnowski, *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden 2015.

³⁰ Vgl. Lothar Probst, *Steht das deutsche Parteiensystem vor einem Wandel? Eine Überprüfung der Europäisierungsthese*, in: Carsten Koschmieder (Hrsg.), *Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge der Parteienforschung*, Wiesbaden 2017, S. 113–133.

LOTHAR PROBST

ist emeritierter Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen.

probst@uni-bremen.de

JENSEITS VON LINKS UND RECHTS

Lassen sich Parteien noch klassifizieren?

Frank Decker

In der politologischen Parteienforschung gibt es weder eine Definition noch eine Typologie der Parteien, die von allen geteilt wird. Stellt man die verschiedenen Vorschläge gegenüber, schält sich dennoch ein breiter Konsens darüber heraus, was die zentralen Merkmale oder Eigenschaften von Parteien sind.⁰¹ Diese können unter folgenden Gesichtspunkten unterschieden, das heißt typologisch abgegrenzt werden: ideologisch-politische Zugehörigkeit und Programmatik, historischer Ursprung und Entstehung, Organisationsstruktur, Struktur der Anhängerschaft, Zielorientierung und Funktionen im politischen System. Die fünf Merkmale sind nicht unabhängig voneinander zu betrachten, sondern beeinflussen sich gegenseitig und weisen vielfältige Überschneidungen auf. Dabei gibt es häufiger vorkommende, also „typische“, aber auch ungewöhnliche, mithin „untypische“ Kombinationen. Zudem unterliegen die Merkmale einem Wandel im Zeitverlauf, der sich zugleich in der Entwicklung der Parteiensysteme widerspiegelt.⁰²

CLEAVAGE-KONZEPT

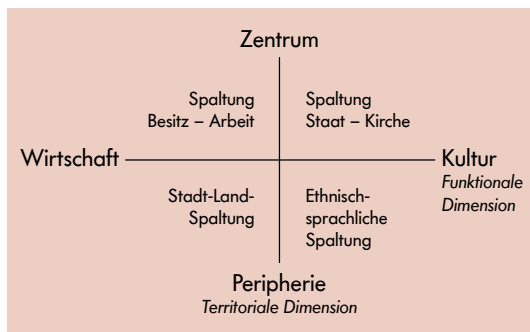
Der engste Zusammenhang besteht zwischen der ideologisch-programmatischen Ausrichtung der Parteien und der Struktur ihrer Anhängerschaften. Erstere blickt auf die Angebots-, Letztere auf die Nachfrageseite der Parteien und Parteiensysteme. Theoretisch reflektiert wird der Zusammenhang im *Cleavage*-Konzept, das Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan Ende der 1960er Jahre entwickelt haben und die Parteienforschung bis heute prägt.⁰³ Gemäß der soziologischen Sichtweise der beiden Autoren handelt es sich bei Parteien um Produkte sozialstruktureller Konflikt- und Spannungslinien beziehungsweise „Spaltungen“ (*cleavages*), die die Gesellschaft in verschiedene Gruppen teilen (*Abbildung 1*). Unterstellt wird dabei eine Wechselbeziehung zwischen den Angehörigen der durch gemeinsame

soziale und Lebensstilmerkmale charakterisierten Milieugruppen und den sie vertretenden Parteien. „Erstere wählen Parteien, um ihre gruppenspezifischen Interessen, Normen und Werte politisch durchzusetzen, Letztere gestalten politische Konflikte aktiv mit, um dadurch bei Wahlen ihre typischen Wählergruppen zu mobilisieren und ihren Stimmenanteil zu maximieren.“⁰⁴

Lipset und Rokkan nehmen an, dass die Konfliktlinien nicht von sich aus zur Partei- und Lagerbildung führen, sondern erst, wenn sie durch Eliten politisch mobilisiert werden. Zum Entstehungszeitpunkt der Parteiensysteme standen für diese dabei verschiedene Koalitionsmöglichkeiten offen. So gingen die Katholiken in den USA eine Koalition mit den Demokraten ein, während sie in Europa dem konservativen oder christdemokratischen Lager zuneigten. In Großbritannien und Deutschland waren die Konservativen in der Lage, die Interessen von Landbesitzern und Industriellen in einer gemeinsamen Front zusammenzuführen. Die städtisch geprägte skandinavische Rechte brachte dagegen keine dauerhafte Allianz mit den Agrariern zustande; diese orientierten sich stattdessen in Richtung Sozialdemokratie (so in Schweden) oder in Richtung eigener Bauernparteien, aus denen später die liberalen Parteien hervorgingen (so in Norwegen und Dänemark). Die unterschiedlichen Festlegungen erklären, weshalb die nationalen Parteiensysteme in Europa trotz vergleichbarer Konfliktlagen bis heute erhebliche Unterschiede aufweisen.

Die berühmteste und zugleich umstrittenste Annahme des *Cleavage*-Konzepts lautet, dass die am Anfang eingegangenen Koalitionen auf Dauer Bestand haben: Hat sich eine Elite oder Partei der Unterstützung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe erst einmal versichert, kann sie auf deren langfristige Loyalität zählen. Davon ausgehend halten Lipset und Rokkan die Entwicklung der Parteiensysteme bereits in den 1920er Jahren für vollendet. Der Mobilisierungsprozess kommt

Abbildung 1: Historisches Konfliktlinienmodell der Parteiensysteme nach Lipset/Rokkan



Quelle: Stein Rokkan, Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie 2/1980, S. 121.

zum Abschluss, nachdem mit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts auch der letzte unter den großen gesellschaftlichen Konflikten – der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit – parteiförmig umgesetzt ist. Dies führt die Autoren zu ihrer vielzitierten These von den „eingefrorenen“ Konfliktlinien: „Die Parteiensysteme der 1960er Jahre reflektieren – mit wenigen, aber bedeutsamen Ausnahmen – die *Cleavage*-Strukturen der 1920er Jahre.“⁰⁵

Doch wie steht es mit der Anwendbarkeit der Theorie auf die Zeit danach? Es ist nicht ohne Ironie, dass sich just 1967, als Lipset und Rokkan ihren Aufsatz verfassten, in den demokratischen Industriegesellschaften Entwicklungen ankündigten, die nachfolgend auch in eine Veränderung der Parteiensysteme mündeten. Auf der einen Seite verloren die großen Parteien des rechten und linken „Mainstreams“ an Wählerunterstützung, auf der anderen Seite betraten neue – ökologi-

sche, rechtspopulistische und regionalistische – Parteien die Bühne, von denen sich viele in den politischen Systemen dauerhaft etablierten. Der Bedeutungsverlust der einstmals parteienbildenden Konfliktlinien spiegelt sich vor allem in der nachlassenden Bindungskraft der beiden großen – christdemokratisch-konservativen und sozialdemokratischen – Parteienfamilien.⁰⁶ Über die Ursachen dieses *dealignment* existiert eine umfangreiche Literatur. Drei Entwicklungen werden in der Regel angeführt, die eng miteinander zusammenhängen und sich zum Teil überschneiden:

Tertiarisierung und Ausbau des Wohlfahrtsstaates: Während mit dem Übergang zur nachindustriellen Dienstleistungsökonomie die Grundlagen der alten Klassengesellschaft erodieren, sorgt der moderne Wohlfahrtsstaat dafür, dass gesellschaftliche Aufgaben wie Erziehung und Bildung und die Bewältigung individueller Lebensrisiken (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit) von gemeinschaftlichen Institutionen in staatliche Hände verlagert werden. Die Schutzfunktion der Milieus, auf denen die Massenintegrations- und späteren Volksparteien gründeten, wird dadurch entbehrlich.

Individualisierung und Wertewandel: Der Wandel der Arbeitswelt und Erwerbsformen, die steigenden Möglichkeiten und Bedürfnisse des Konsums sowie die Pluralität sozialer Normen und Werteinstellungen führen dazu, dass sich die individuellen Lebensverläufe und -stile immer stärker unterscheiden. Religiöse Werte verlieren im Zuge der Säkularisierung an Bedeutung, während auf der anderen Seite materielle durch immaterielle Wertvorstellungen abgelöst beziehungsweise ergänzt werden. Anstelle der gleichförmigen Mittelstandsgesellschaft tritt eine heterogene „Gesellschaft der Singularitäten“.⁰⁷

Bildungsexpansion und Medienangebot: Verbesserte Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie die technisch bedingte Vervielfachung des Medienangebots vom kommerziellen Fernsehen bis zu den internetgestützten Medien vervollständigen die Individualisierung der Lebensführung auf der Informationsseite. Sie wecken das Bedürfnis nach mehr Partizipation, setzen Parteien sowie Politikerinnen und Politiker unter

⁰¹ Vgl. Paul Lucardie, Zur Typologie der politischen Parteien, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der politischen Parteien, Wiesbaden 2018, S. 41–56.

⁰² Zum Begriff und zur Typologie der Parteiensysteme vgl. Frank Decker, Parteiendemokratie im Wandel, Baden-Baden 2018, S. 23 ff.

⁰³ Vgl. Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1–64.

⁰⁴ Peter Gluchowski/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 179–208, hier S. 182.

⁰⁵ Lipset/Rokkan (Anm. 3), S. 50.

⁰⁶ Vgl. Oscar W. Gabriel, Politische Milieus, in: Politische Bildung 1/2010, S. 9–23.

⁰⁷ Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017.

erhöhten Rechtfertigungsdruck und steigern die Bedeutung kurzfristiger Faktoren wie der Kandidaten- und Themenorientierung für die Wahlentscheidung. Gleichzeitig führen sie dazu, dass die Öffentlichkeit immer stärker fragmentiert.

Der gesellschaftliche Wandel kann im Begriff der „Pluralisierung“ zusammengefasst werden. Diese findet ihren Niederschlag darin, dass „die großen Effekte der politisierten Sozialstruktur allmählich durch kleinere Effekte bestimmter sozialstruktureller Lagen abgelöst werden, die sich nicht mehr zu einem großen Gesamteffekt der ‚Sozialstruktur‘ oder zumindest der ‚Klassenstruktur‘ aufaddieren“.⁰⁸ So wie der sozioökonomische Konflikt sich in mehrere disparate Verteilungscleavages „verflüchtigt“, bei denen die Interessen der verschiedenen Gruppen – Leistungsempfänger und Steuerzahler, Beschäftigte in sicheren und prekären Arbeitsverhältnissen, Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder etc. – immer weniger Übereinstimmungspunkte aufweisen, so werden auch die kulturellen Orientierungen und Lebensstilmerekmale vielfältiger. Gleichzeitig entkoppeln sich beide Aspekte, sodass von der sozialökonomischen Lage einer Person nur noch bedingt auf ihre Wertvorstellungen geschlossen werden kann. Konsumgewohnheiten, Erwerbsformen und das Partnerschaftsverhalten differenzieren sich aus und prägen das Identitätsgefühl stärker als die „objektive“ Schichtzugehörigkeit.

„NEUES“ KONFLIKTLINIENSHEMA

Wenn sich die Interessenlagen und Wertvorstellungen in der nachindustriellen Gesellschaft von den harten Merkmalen der Sozialstruktur lösen, dann erscheint es sinnvoll, bei der Betrachtung der gegenwärtig relevanten Konfliktlinien weniger auf die Beziehungen der Parteien zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen abzustellen als auf die von ihnen vertretenen ideologisch-programmatischen Grundpositionen. Diese werden auf der Wählerebene in erster Linie durch Einstellungsmerkmale reflektiert und nicht mehr durch die Zugehörigkeit zu einer sozialstrukturell abgrenzbaren Gruppe.

Das Konfliktlinienmodell der heutigen Parteiensysteme knüpft an die horizontale Achse

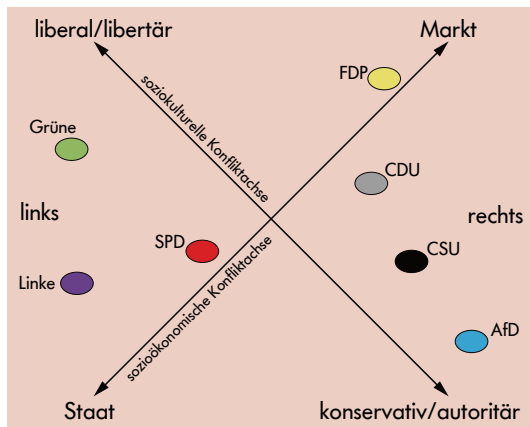
des Schemas von Rokkan an, die in der funktionalen Dimension zwischen ökonomischen, also verteilungsbezogenen, und kulturellen, also wertbezogenen Konflikten unterscheidet. Im Rahmen des sozioökonomischen Verteilungskonflikts stehen sich die Grundpositionen der Marktfreiheit und der sozialen Gerechtigkeit als Pole gegenüber. Die eine Position sieht die Verteilungsergebnisse des Marktes im Prinzip als gerecht an, sofern sie nach bestimmten, staatlich gewährleisteten Grundregeln zustande kommen. Die andere Position betrachtet die Marktergebnisse als ungerecht und möchte sie durch wohlfahrtsstaatliche Umverteilungspolitik im Sinne einer größeren sozialen Gleichheit korrigieren. Die zweite Achse repräsentiert den soziokulturellen Wertekonflikt. Hier stehen auf der einen Seite liberale/libertäre Haltungen wie Toleranz, nonkonformistisches Denken, Kosmopolitismus und Multikulturalität, auf der anderen Seite konservative/autoritäre Haltungen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen, übertriebener Nationalstolz beziehungsweise Chauvinismus und Minderheitenfeindlichkeit (*Abbildung 2*).

Die zweidimensionale Aufteilung des politischen Raums steht nicht im Widerspruch zur klassischen Links-Rechts-Unterscheidung, wie gelegentlich behauptet wird.⁰⁹ Historisch geht das Links-Rechts-Schema bekanntlich auf die Sitzordnung in der französischen Deputiertenkammer von 1814 zurück, die die entlang ihrer Haltung zur Französischen Revolution sich herausbildenden parteipolitischen Kräfte erstmals räumlich geschieden hatte. Die Befürworter, die sich dem Gedanken der Volkssouveränität verschrieben hatten, wurden damals – von vorne aus gesehen – auf der linken, die Parteigänger des *Ancien Régime* auf der rechten Seite der Versammlungshalle platziert. Diese Praxis hat sich in den meisten europäischen Versammlungen bis heute erhalten. Ausgehend von Frankreich setzten sich die Richtungsbegriffe zunächst in Kontinentaleuropa, später auch im Vereinigten Königreich und den USA durch. Die für gesellschaftlichen Wandel eintretenden Kräfte, die sich an den Zielen der – als (Selbst-)Befreiung verstandenen – Emanzipation und Egalität orientieren, werden seither als „links“, die beharrenden Kräfte, die an den

⁰⁸ Franz Urban Pappi, Die politisierte Sozialstruktur heute, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraut Roller (Hrsg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen 2002, S. 42.

⁰⁹ Vgl. Frank Decker, Zum Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 10, Baden-Baden 1998, S. 33–48.

Abbildung 2: Zweidimensionales Konfliktlinienmodell des heutigen deutschen Parteiensystems



Quelle: Eigene Darstellung.

Gedanken der Hierarchie, gewachsenen Ordnung und Autorität festhalten, als „rechts“ bezeichnet. Hauptscheidelinie ist dabei die Gleichheitsfrage. „Das Thema, das in allen Variationen wiederkehrt, ist das des Gegensatzes zwischen horizontaler oder egalitärer Vision der Gesellschaft und vertikaler und nicht-egalitärer Vision.“¹⁰ Andere Unterscheidungskriterien können von dort aus abgeleitet oder müssen als lediglich instrumentelle Prinzipien begriffen werden, die für sich genommen weder links noch rechts stehen. Dies gilt etwa für die Haltung zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt oder zur Nation, den Gegensatz von Religion und Laizismus, aber auch für die – gemessen am Gleichheitsgedanken nicht weniger wichtigen – Werte der Freiheit (versus Autoritarismus) und des Friedens (versus Gewaltbereitschaft und Militarismus), die laut dem Philosophen Noberto Bobbio mehr über die extreme oder gemäßigte Ausrichtung einer Ideologie aussagen als über ihre inhaltliche.¹¹

Zumindest im Hinblick auf den Gegensatz zwischen Freiheit und Autoritarismus bedarf dieses Argument allerdings der Korrektur. Bobbio übersieht, dass das Hierarchieprinzip nur eine Form der Ungleichheit ist, die von anderen, zum Beispiel liberalen Formen unterschieden werden muss. Die Differenz liegt in der Begründung: Während der Autoritarismus zu seiner Rechtfertigung

auf natürliche Ungleichheiten etwa des Geschlechts oder der ethnischen Zugehörigkeit abstellt, orientiert sich der Liberalismus am Gedanken der Marktfreiheit und damit verbundenen Leistungs- oder Verdienstkriterien.¹² Hieraus ergeben sich insbesondere für die Rolle des Staates ganz unterschiedliche Konsequenzen, der im ersten Falle als starker, im zweiten Falle als schwacher oder Minimalstaat konzipiert ist; dennoch werden heute beide Positionen übereinstimmend als „rechts“ apostrophiert.

Das zweidimensionale Konfliktlinienmodell schließt hier an. Es geht davon aus, dass in beiden Sphären rechte und linke Positionen unterschieden werden können. Auf der soziokulturellen Achse stehen sich links die liberal-libertäre Position und rechts die konservativ-autoritäre Position gegenüber, während auf der sozioökonomischen Achse die Marktposition den rechten und die Gerechtigkeitsposition den linken Pol markiert (Abbildung 2). Dass die Links-Rechts-Zuordnung in beiden Sphären nicht übereinstimmen muss, macht gerade den Nutzen des zweiteiligen Schemas aus. Die Konfliktlinien können sich also überkreuzen. So ist es beispielsweise ein Charakteristikum vieler liberaler Parteien, dass sie auf der kulturellen Achse eher links und auf der ökonomischen Achse eher rechts anzutreffen sind. Damit unterscheiden sie sich von den christdemokratisch-konservativen Vertretern, die auf beiden Achsen rechts einzuordnen sind, wobei sie auf der ökonomischen Achse meistens nicht ganz so weit rechts stehen wie die Liberalen. Dasselbe gilt für die am äußeren rechten Pol der kulturellen Konfliktachse platzierten Rechtspopulisten, deren sozial- und wirtschaftspolitische Position zwischen Marktliberalismus und Wohlfahrtsstaatlichkeit changieren.

Auch die linken Parteien lassen sich in das Schema intuitiv gut einordnen, wie das deutsche Beispiel zeigt (Abbildung 2). Die Grünen stehen danach auf der kulturellen Achse am weitesten links, also in der Nähe des libertären Pols, während SPD und Linkspartei etwa gleichlautend eine Position knapp links von der Mitte einnehmen. Auf der ökonomischen Achse wiederum befinden sich die Grünen gleichlautend mit der

¹⁰ Noberto Bobbio, *Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung*, Berlin 1994, S. 74.

¹¹ Ebd., S. 84f.

¹² Das Unbehagen, die marktliberale Position als politisch „rechts“ zu qualifizieren, rührt daher, dass dem meritokratischen Prinzip historisch betrachtet ein hoher emanzipatorischer Wert zukommt. Vgl. Michael Young, *The Rise of the Meritocracy 1870–1933*, London 1958.

SPD ein gutes Stück jenseits der Mitte, während die Linkspartei ganz in der Nähe des Gerechtigkeitspols steht.

Das Konfliktlinienschema ist auch deshalb hilfreich, weil es eine Differenzierung zwischen den offiziellen Positionen der Partei und den Einstellungen ihrer Wählerinnen und Wähler ermöglicht. Beide müssen nicht unbedingt übereinstimmen. Gerade bei den traditionellen (sozialdemokratischen oder sozialistischen) Vertretern der Linken, die ihre Entstehung der sozialökonomischen Konfliktlinie verdanken, ist es ein altbekanntes Phänomen, dass die Wählerschaft in den kulturellen Fragen häufig weiter rechts steht als die Partei. Umgekehrt hat der unerwartet hohe Zulauf, den die neuen Rechtspopulisten unter Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Arbeitslosen erzielen konnten, zu einer Linksverschiebung in deren Programmatik geführt: Nachdem diese zunächst noch sehr stark neoliberal akzentuiert war, treten die neuen Rechtsparteien heute in vielen Ländern als vehemente Verteidiger des Wohlfahrtsstaates auf.¹³

Die Vereinbarkeit des Konfliktlinienmodells mit dem Links-Rechts-Schema lässt sich grafisch umsetzen, wenn man die Werteachse nicht – wie in der Literatur normalerweise üblich – senkrecht anordnet, sondern in die Diagonale kippt (*Abbildung 2*).

ANPASSUNGSFÄHIGES SCHEMA

Das Missverständnis, wonach die Wertepolitik aus dem Links-Rechts-Schema herausfällt, geht auf den amerikanischen Sozialwissenschaftler Ronald Inglehart zurück. Dessen Anfang der 1970er Jahre entwickelte Theorie des „postmaterialistischen“ Wertewandels operationalisierte die materiellen und immateriellen Werte so, dass erstere ausschließlich mit linken und letztere mit rechten Positionen zusammenfallen.¹⁴ Inglehart selbst machte dabei aus seiner Sympathie für den linken Postmaterialismus keinen Hehl. Dass seine Zuordnung wenig sinnvoll war, sollte sich spätestens mit dem Aufkommen der neuen Rechtsparteien in den 1980er Jahren erweisen. Denn deren Agenda war genauso von wertbezogenen The-

men geprägt wie jene der Neuen Linken in den 1970er Jahren, auf die sie zum Teil eine unmittelbare Reaktion war.¹⁵ Die Neue Rechte gehörte damit ebenfalls zum „postmaterialistischen“ Teil des politischen Spektrums, nur dass sie eben ganz andere – autoritäre oder nationale – Positionen vertrat.

Trifft diese Interpretation zu, dann basiert die Entstehung der grünen Parteien ebenso wenig auf einer neuen Konfliktlinie wie das Aufkommen des Rechtspopulismus. Beide Erscheinungen sind vielmehr die Folge eines veränderten politischen Themenhaushalts, der die Prioritäten sowohl innerhalb der verteilungs- und wertbezogenen Sphäre als auch zwischen diesen verschoben hat.¹⁶ Damit rücken automatisch die Repräsentationsschwächen der vorhandenen Parteien stärker ins Blickfeld, denen es aus bestimmten Gründen nicht gelungen ist, die neuen Strömungen aufzunehmen und zu integrieren. Eine solche Erklärung des Parteiensystemwandels würde also noch stärker politologisch als soziologisch ansetzen.

Ähnliche Einwände wie gegen die Postmaterialismustheorie lassen sich gegen eine weitere im Zuge des erstarkenden Rechtspopulismus populär gewordene Neufassung des Konfliktlinienschemas vorbringen: die Gegenüberstellung von sogenannten Kosmopoliten und Kommunitaristen.¹⁷ Sie wird vor allem an der Globalisierung und ihren Folgen für die Wählerinnen und Wähler aufgehängt und lässt sich auf die Frage herunterbrechen, ob und wie weit die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet oder geschlossen werden beziehungsweise bleiben sollen. „Die ‚Grenzfrage‘ bezieht sich dabei umfassend auf Güter, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräfte, Flüchtlinge, Menschenrechte oder aber die Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen zugunsten supranationaler Regime und transnationaler Po-

¹⁵ Vgl. Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004, S. 233ff.

¹⁶ Der Umweltschutz ist dabei trotz seiner Wertebasiertheit primär der sozioökonomischen Konfliktachse zuzuordnen, da er staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen erfordert.

¹⁷ Die Unterscheidung zwischen den *Anywheres* und *Somewheres*, die der Publizist und Politikberater David Goodhart eingeführt hat, ist weitgehend deckungsgleich. Vgl. ders., *The Populist Revolt and the Future of Politics*, London 2017, S. 19ff. Eine in der Stoßrichtung vergleichbare Reformulierung des Konfliktlinienschemas hat der Politikberater Tobias Dürr vor mehr als zehn Jahren vorgeschlagen. Vgl. ders., *Deutschlands künftiges Parteiensystem*, in: APuZ 32–33/2005, S. 31–38.

¹³ Vgl. Frank Decker, *Was ist Rechtspopulismus?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2/2018, S. 353–369.

¹⁴ Vgl. Ronald Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton 1977.

litik“,¹⁸ hat also eine ökonomische wie kulturelle Dimension. Die neue Konfliktlinie drückt insofern nur aus, dass sich die ökonomischen und kulturellen Konflikte heute stärker wechselseitig überlappen beziehungsweise überkreuzen als in der Vergangenheit. Während die Kosmopoliten wirtschafts- und gesellschaftspolitisch liberale Positionen miteinander verbinden, vereinen die Kommunitaristen das ökonomische Schutzbedürfnis des Sozial- und Wohlfahrtsstaates mit dem politischen Selbstbestimmungsbedürfnis einer kulturell definierten Gemeinschaft. Soziologisch lässt sich die Unterscheidung in erster Linie am Bildungsniveau und der Ausstattung mit kulturellem Kapital festmachen, nicht am Einkommen oder Vermögen.¹⁹ Dies begründet aber noch keine neue Konfliktlinie, sondern zeigt lediglich, dass die kulturelle gegenüber der ökonomischen Konfliktlinie an Bedeutung gewonnen hat.

Gleichzeitig ist der Bedeutungswandel des Links-Rechts-Schemas darauf zurückzuführen, dass sich die Kontexte, in denen Gleich- oder Ungleichverteilungen ein Thema darstellen, räumlich und zeitlich ausgeweitet haben: blieb die Auseinandersetzung bis in die 1960er Jahre hinein noch weitgehend auf die klassische Frage der sozialen Ungleichheit im nationalstaatlichen Rahmen beschränkt (in Abhängigkeit von der Position im Erwerbsprozess), erstreckte sie sich nachfolgend zugleich auf die ökonomische Benachteiligung der „Dritten Welt“ und auf die Benachteiligung künftiger Generationen im Zuge der ökologischen Krise. Dies stellte vor allem die sozialdemokratische Mainstream-Linke vor ein Problem, die nun gezwungen war, die aus den verschiedenen Gleichheitskontexten resultierenden Interessenkonflikte – zwischen nationalen und internationalen Verpflichtungen, in- und ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der gegenwärtigen und künftigen Generation – programmatisch und in ihrem Regierungshandeln zum Ausgleich zu bringen.

Die vergangenen und aktuellen innenpolitischen Debatten in der Bundesrepublik – um

die Vertiefung der europäischen Integration, die Zukunftssicherung des Sozialstaates, die Erreichung der Klimaziele und nicht zuletzt die Migrations- und Flüchtlingspolitik – verdeutlichen, dass sich diese Konflikte weiter verschärft haben. Wie unübersichtlich die Frontverläufe dabei geworden sind, lässt sich etwa an der heftigen Auseinandersetzung in der Partei Die Linke ablesen, wo eine Minderheit unter Führung von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine die flüchtlingsfreundliche Linie der Parteispitze offen in Frage stellt. Ihre Forderung nach einer Begrenzung der Zuwanderung erscheint auf den ersten Blick wie eine Anleihe beim Rechtspopulismus. Tatsächlich lässt sie sich aber durchaus als linke Position begründen, wenn sie mit der Übernahme internationaler Verpflichtungen etwa bei der Fluchtursachenbekämpfung und der heimatnahen Unterbringung der Flüchtlinge einhergeht²⁰ und gleichzeitig den einheimischen Sozialstaat vor Überforderungen schützen möchte.

Das Beispiel zeigt, dass die Begriffe „rechts“ und „links“ durch die „neue Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) nicht obsolet werden, sondern ihre Bedeutung als Orientierungshilfe sogar noch zunimmt. Indem sie die vielfältigen Konfliktkonstellationen der sich ausdifferenzierenden Parteienlandschaft auf einen einfachen Dualismus verkürzen, erleichtern sie es den Wählerinnen und Wählern, die Positionen der politischen Anbieter und ihre eigene Position einzuschätzen und abzugleichen. Allen Abgesängen zum Trotz hat das Links-Rechts-Schema seine inhaltliche Anpassungsfähigkeit über 200 Jahre hinweg bewiesen. Die ursprünglichen ideologischen Bezüge brauchte es dabei nicht abzustreifen – wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zwischen den politischen Richtungen bleibt das jeweilige Gleichheitsverständnis. Daran dürfte sich auch in Zukunft wenig ändern.

18 Wolfgang Merkel, *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus*, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites*, Wiesbaden 2017, S. 9.

19 Vgl. Kjetil A. Jakobsen, *Aufstand der Bildungsverlierer?*, in: ders./Frank Decker/Bernd Henningsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*, Baden-Baden 2015, S. 159.

20 Vgl. Paul Collier, *Asylpolitik neu denken*, in: Ursula Bitzegeio et al. (Hrsg.), *Flucht–Transit–Asyl*, Bonn 2018, S. 35–43.

FRANK DECKER

ist Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik.

frank.decker@uni-bonn.de

VON DER PARTEI ZUR BEWEGUNG?

Stand und Perspektiven einer politischen Vergesellschaftungsform

Jasmin Siri

Das Parteiensystem der Bundesrepublik ist in Bewegung. Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa entstehen neue Parteien, die anders zu funktionieren scheinen und ein anderes Selbstverständnis für sich beanspruchen als jene, die die Parteienforschung der vergangenen Jahrzehnte beschrieben hat. Auch in den USA fordert die Präsidentschaft von Donald Trump die personellen wie normativen Strukturen der republikanischen Grand Old Party heraus.

Viele neue Parteien in Europas Parlamenten, denken wir an Podemos in Spanien oder die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, sind aus sozialen Bewegungen hervorgegangen. Das war einst auch bei den sozialdemokratischen, kommunistischen oder grünen Parteien der Fall, die aus der Arbeiter- oder der Umweltbewegung hervorgingen. Doch Medienwandel und der von ihm induzierte Wandel politischer Öffentlichkeiten verändern das Gesicht der neuen sozialen Bewegungen, sie verändern ihre innere Struktur und die Art und Weise, wie sie sich organisieren und wie sie mit Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren. So ist zum Beispiel das publizistische wie aktivistische Umfeld des aktuellen US-Präsidenten durchaus bewegungsförmig. Zugleich unterscheidet es sich deutlich von den Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, sei es hinsichtlich seiner Organisiertheit, seiner Ausrichtung auf charismatische Führung, der Event-Kultur oder auch des Medieneinsatzes.

Die Konsequenz dieser aktuellen Konstellation ist eine Art „innere Unruhe“ des Parteiensystems in den demokratischen Systemen der Weltgesellschaft. Alte Mehrheiten wanken, neue lassen sich noch nicht sicher organisieren. Und zugleich findet all dies in einer Gesellschaft statt, in der es mehr politische Akteure gibt als Parteien und Bewegungen. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Erklärung des Verhältnisses von

Partei und Bewegung muss entsprechend darin bestehen, Parteien und Bewegungen nicht nur an und für sich zu untersuchen, sondern in Wechselwirkung zu ihrer gesellschaftlichen Umwelt. Denn die wahrnehmbaren Veränderungen von Parteien und Bewegungen, so meine These, sind Konsequenzen eines umfassenderen strukturellen Wandels der modernen Gesellschaft. Daher gilt es, sich relevanter Einflussfaktoren der gesellschaftlichen Umwelt anzunehmen, bevor man das aktuelle Verhältnis von Partei und Bewegung in den Blick nimmt. Insbesondere sind das im Umfeld der Parteien der Journalismus, die politische Öffentlichkeit und die Verwaltung. Soziale Bewegungen reflektieren zusätzlich insbesondere weltgesellschaftliche soziale Entwicklungen.⁰¹

Im Fortlauf des Textes wird daher zunächst das Verhältnis von Politik und Journalismus, von Politik und Öffentlichkeit sowie von Politik und Verwaltung in den Blick genommen, wobei unter Politik – der Fragerichtung des Titels „Von der Partei zur Bewegung?“ folgend – die organisierte Politik besonders berücksichtigt wird. Anschließend wird die Frage diskutiert, inwiefern weltgesellschaftliche Phänomene wie Globalisierung und Medienevolution dazu beitragen, das Geschäft der Parteien und der sozialen Bewegungen zu verändern.

BYE-BYE GATEKEEPER

Der Journalismus ist eine wichtige Beobachtungsinstanz demokratischer Politik. „Die modernen Kommunikationsmittel (...) verfügen über ein hohes Maß an Macht in der Gesellschaft. Wird diese publizistische Macht missbraucht, ist die freiheitlich-demokratische Ordnung in Gefahr.“⁰² Das Zitat des SPD-Politikers Peter Glotz aus dem Jahr 1966 steht für eine lange Tradition

der Reflexion über die Nähe des Journalismus zur Macht. Dies nicht zuletzt, weil Journalismus und Politik in der Praxis der beiden Berufsfelder aufeinander angewiesen sind, weshalb viele Beobachterinnen und Beobachter eine zu starke Nähe zwischen diesen beiden Welten konstatierten. Man diskutierte zum Beispiel Demokratiedefizite, die sich aus dem Zusammenspiel von Medien und Politik ergaben,⁰³ Eigensinnigkeiten der Massenmedien, die aus ihrer Eigenlogik wie aus der kapitalistischen Struktur des Mediensystems resultierten,⁰⁴ oder auch die Verquickung von Politik und Medien in einer Melange aus Netzwerken, Befindlichkeiten und Anerkennungssystematiken wie in jener vom Medienwissenschaftler Lutz Hachmeister in „Nervöse Zone“ beschriebenen Berliner Blase.⁰⁵

Die Parteiendemokratie, so der Politikwissenschaftler Thomas Meyer 2002, sei zu einer Mediendemokratie geworden: „Die Regeln der medialen Politikdarstellung – unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, allesamt der Darstellungskunst des Theaters entlehnt – greifen in zunehmendem Maße und mit beträchtlichen Folgen auf das politische Geschehen selbst über. Die Selektion spektakulärer Ereignisse, die effektsichere Inszenierung der Profis, die weite Teile des Mediensystems bestimmen, regieren immer mehr auch die Politik.“⁰⁶ Man muss nicht lange nachdenken, um Beispiele zu finden, auf die diese Phänomenbeschreibung

auch heute noch präzise zutrifft. Allerdings ergeben sich aus der digitalen Durchdringung der Gesellschaft einige zusätzliche Veränderungen.

Der Journalismus befindet sich – vielleicht noch mehr als andere gesellschaftliche Felder – im Griff der Digitalisierung. So steht er vor der Herausforderung eines umfassenden Medienwandels, der die Struktur des Berufsfeldes und die Art und Weise stark beeinflusst, wie sich Journalismus und Medienorganisationen finanzieren. So ist mit Blick auf die Berichterstattung im politischen Bereich wenig übrig von den scheinbar allmächtigen Redaktionen der Bonner Republik, die Themen wie Menschen hoch- und herunterschreiben konnten, Eingang gewährten oder Exklusion praktizierten und mittels dieser Selektionen die Fiktion einer Öffentlichkeit im Singular erst ermöglichten. Während die vordigitalen Massenmedien sich recht gut abstimmen konnten, welches Thema ein wichtiges ist, welche prominenten Personen Gehör finden sollten oder welche politischen Entwicklungen besonders spannend sind, ist die heutige Medienlandschaft diverser, pluralistischer und somit auch weniger überschaubar. Es gibt freilich noch Themenkarrieren, und es gibt auch noch Prominenz. Deren Konstruktion ist aber sehr viel prekärer und weniger dauerhaft. Aufmerksamkeit, so scheint es, gibt es nur noch unter den erschwerten Bedingungen der pluralisierten Arenen einer diversen, sich stets verändernden Öffentlichkeit.

Die neuen Anreizsysteme der sozialen Medien, die Anerkennung durch Clicks und Likes vermitteln, führen dazu, dass insbesondere meinungsstarke, sich auf aktuelle Konflikte positionierend beziehende Beiträge erfolgreich sind, während sachliche Kommentare weniger digitalen Applaus produzieren. Kombiniert mit der Durchbrechung der privaten und der öffentlichen Rolle in den sozialen Medien führt dies dazu, dass viele journalistisch Tätige immer häufiger als politische Akteure sichtbar und adressierbar werden. Die Performances folgen dabei interessanterweise oft dem Muster der Links-Rechts-Unterscheidung, an der die Forschung bereits seit vielen Jahrzehnten kritisiert, dass sie sich nur sehr eingeschränkt zur Beschreibung der modernen politischen Landschaft eignet.⁰⁷

01 Man könnte durchaus mehr Einflussgrößen bestimmen und fruchtbar durchdenken, so zum Beispiel eine Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und sozialen Bewegungen wie auch eine Wechselwirkung zwischen verschiedenen Beratungskontexten wie Public Relations, wissenschaftlicher Politikberatung und Parteipolitik. Im Sinne der recht kurzen Anlage des Textes folgte die Auswahl der Annahme, dass mit den oben stehenden Faktoren die relevantesten für die Beantwortung der Frage nach der Verfasstheit aktueller Parteien und Bewegungen genannt sind.

02 Peter Glotz, *Demokratisierung der Gesellschaft durch Reform der Institutionen: Massenmedien*, in: Wolfgang R. Langenbacher/Hans Wagner (Hrsg.), *Das Gespräch ist die Seele der Demokratie. Beiträge zur Kommunikations-, Medien- und Kulturpolitik*, Baden-Baden 2014 (1966), S. 81–92, hier S. 81.

03 Vgl. Thomas Meyer, *Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie?*, in: APuZ 15-16/2002, S. 7–14.

04 Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/M. 1990 (1962).

05 Lutz Hachmeister, *Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik*, München 2007.

06 Meyer (Anm. 3), S. 7. Vgl. Andreas Dörner, *Politainment – Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt/M. 2001.

07 Vgl. Friedrich von der Heydte/Karl Sacherl, *Soziologie der deutschen Parteien*, München 1955, S. 22f. Siehe auch den Beitrag von Frank Decker in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

ENDE DER ÖFFENTLICHKEIT IM SINGULAR

Instabil wird so auch die Idee der Öffentlichkeit im Singular als einer repräsentativen Schau der aktuellen Konflikte, Themen, wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Personalangebote in einem nationalen Rahmen. Um kein Missverständnis zu erzeugen: Auch bevor die Digitalisierung in das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Journalismus eingriff, war man sich in der Wissenschaft einig, dass Öffentlichkeit und öffentliche Meinung im Singular aufwendige soziale Konstruktionen sind.⁰⁸ Der Soziologe Armin Nassehi stellt fest, dass die Herausforderung moderner Politik weniger darin bestehe, zu kollektiv bindenden Entscheidungen zu kommen, als darin, für diese Entscheidungen „Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit“, also auch ein verlässliches und verständiges Publikum zu erzeugen.⁰⁹ In der Politik sind dies unterstellte Kollektivitäten wie „die Deutschen“, „die Arbeiterschaft“ oder „die Rechten/die Linken“, für die, so Nassehi, „Sichtbarkeit und Transparenz kollektiv wirksamer Kausalitäten ebenso hergestellt wie diese dadurch erst erzeugt werden“.¹⁰

Öffentlichkeit bietet in so einer Gesellschaft der vielen möglichen Arenen kaum mehr Orientierung, was Suchbewegungen sowohl der journalistisch als auch der politisch Tätigen sowie vonseiten des Publikums auslöst. Zum einen ist diese Entwicklung des Verhältnisses von Politik, Medien und Publikum der Globalisierung geschuldet, die den Rahmen der berichtenswerten Ereignisse potenziell gen unendlich laufen lässt und dabei auch vorführt, wie beschränkt die nationale Perspektive im Rahmen weltgesellschaftlicher Entwicklungen ist. Das Kollektiv des Nationalen wird damit einerseits unplausibler, andererseits trotzdem und deshalb auch attraktiver, wovon die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien Europas zeugen. Doch auch der digital vorangetriebene

Medienwandel verändert die Idee politischer Öffentlichkeiten auf revolutionäre Art und Weise. So wird die bereits früher konstatierte Konstruiertheit einer Öffentlichkeit im Singular auch abseits gelehrter Diskurse für alle Medienkonsumentinnen und -konsumenten alltäglich erfahrbar. Beschreibungen wie „alternative Fakten“ und der Vorwurf der „Fake News“ sind ein empirisches Beispiel für die Irritation, die unterschiedliche publizistische und politische Publika beim Betrachten der Diskurse der „Anderen“ empfinden. Wenn sich politische Freunde und politische Feinde in abgrenzbaren publizistisch-politischen Netzwerken gegenseitig Achtung und Missachtung vermitteln, ist der Weg zum konstruktiven Gespräch zwischen den Lagern weit.

Für den eingangs zitierten Peter Glotz war zur Sicherung der Demokratie vor allem wichtig, dass die Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gut funktioniere. Damit meinte er insbesondere, dass die „Rundfunkräte wirklich ein Modell der Gesellschaft im Kleinen“¹¹ sein müssten, um die Meinungsfreiheit zu garantieren. Im Hinblick auf diese Problembeschreibung, die sich vor allem vor Monopolbildung und Einflussnahme der Politik auf die Berichterstattung sorgt, haben die anarchischen digitalen Medien zunächst ein „Mehr“ an Demokratie verursacht. In der Politik der sozialen Medien wird aber auch deutlich, dass alleine das Äußern der freien Meinung noch nicht das demokratische Gespräch erzeugt, das für Peter Glotz „die Seele der Demokratie“ war.¹²

VERWALTUNG UND POLITISCHE ORGANISATION

Die schreibende und sendende Zunft hat die Idee einer Öffentlichkeit im Singular aufgegeben, zugleich aber ist unklar, welche neuen Rahmen, Finanzierungsmodelle und Selbstdarstellungen für die neue Zeit funktional und angemessen sind. Eine ganz ähnliche Unsicherheit hinsichtlich der verteilten Rollen und der angemessenen Selbstdarstellung im Gefüge der Herstellung politischer Entscheidung findet sich – und auch hier ist der Einfluss des Medienwandels relevant – in

08 Vgl. für viele Pierre Bourdieu, *Die öffentliche Meinung gibt es nicht*, in: ders., *Soziologische Fragen*, Frankfurt/M. 1993, S. 213–223; Armin Nassehi, *Der soziologische Diskurs der Moderne*, Frankfurt/M. 2006.

09 Nassehi (Anm. 8), S. 345; vgl. ders., *Politik des Staates oder Politik der Gesellschaft? Kollektivität als Problemformel des Politischen*, in: Kai-Uwe Hellmann (Hrsg.), *Das System der Politik*, Opladen 2002, S. 38–59.

10 Nassehi (Anm. 8), S. 345.

11 Glotz (Anm. 2), S. 87.

12 Zit. nach Wolfgang R. Langenbucher/Hans Wagner, *Vorwort der Herausgeber*, in: dies. (Anm. 2), S. 7–12, hier S. 7.

der Verwaltung. Der Soziologe Max Weber beschrieb die Logik der Verwaltung als maximal entfernt von der Logik des Politischen. Während Politik sich vor allem dem Streben nach Machtanteilen in einem Gesellschaftsgefüge widme,¹³ strebe die Verwaltung nach der korrekten Umsetzung von gesetzlich vorgegebenen Verfahren. Er nennt dies die „legale Herrschaft“.¹⁴ Die bis heute hohe politische Bedeutsamkeit der Verwaltung liegt auf der Hand, ebenso die Verquickung von Politik und Verwaltung, die sich zum Beispiel in der Bestellung „politischer Beamter“ vollzieht.

Aktuell lässt sich in mehreren Demokratien beobachten, dass sich das Verhältnis von Politik und Verwaltung neu austariert. So hat beispielsweise die Trump-Regierung in den USA viele Stellen in der Verwaltung nicht besetzt und auch *career officials*, also solche Beamte, die keine politischen Beamten sind und eine Verwaltungslaufbahn verfolgt haben, entlassen. Auch in der Bundesrepublik lassen sich – wenngleich vielleicht weniger spektakuläre – Beispiele für die Politisierung von Verwaltung und Behörden erkennen, und diese muss nicht nur von der Regierung in Richtung der Verwaltung laufen.

So erstaunte 2018 der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, mit einem Interview in der „Bild“-Zeitung, in dem er Mutmaßungen über rechtsradikale Ausschreitungen anstellte, die dem Ermittlungsstand sachlich nicht entsprachen und Verschwörungstheorien anheizten. Konkret stellte er die angesichts der Möglichkeiten seiner Behörde bemerkenswerterweise ungeprüfte Vermutung an, dass ein Video gefälscht worden sei, um einen „Mord“ zu vertuschen. Die Äußerungen Maaßens in dieser Causa konterkarierten in mehrerlei Hinsicht das Ideal einer Trennung von Politik und Verwaltung. So ließen sie sich, da die Sachebene verlassen wurde, als kritische politische Einlassung zur Politik der Bundesregierung verstehen. Der Jurist Maaßen sprach zudem von Mord, wo ein Totschlag angeklagt wurde – ebenfalls eine überraschende Formulierung. Das Beispiel ist so erstaunlich, weil es die Trennung von Politik und Verwaltung auf mehreren Ebenen gezielt einreißt und damit die Legitimationsstruktur der Gewaltenteilung berührt.

Weitere Beispiele wie die offene Einflussnahme auf und Diskreditierung von Ermittlungsbehörden durch die US-Regierung oder auch die Zwangspensionierung von Richtern durch die polnische Regierung deuten darauf hin, dass es in den Demokratien des 21. Jahrhunderts Akteure gibt, die die etablierte Trennung von Politik und Verwaltung nicht mehr für sinnvoll erachten. Das bedeutet nicht, dass die Verwaltung bis dato dem politischen Einfluss entzogen war. Seit Gründung der Bundesrepublik hat es einen erheblichen Einfluss erst der Alliierten, dann der Volksparteien auf die Verwaltung gegeben – man denke allein an Ämterpatronage per Parteibuch. Der Unterschied zur heutigen Situation liegt darin, dass zuvor nicht die Sinnhaftigkeit einer Trennung von Verwaltung und Politik selbst unter Beschuss stand – so weisen Begriffe wie „Patronage“ bereits darauf hin, dass das Parteibuch kein legitimes Argument für die Bestellung eines Beamten war, selbst wenn die informelle Praxis solche Entscheidungen ermöglichte.

PARTEIEN IN DER WELTGESELLSCHAFT

Ein Blick auf die aktuelle Verfasstheit der politischen Öffentlichkeit, den Journalismus und die Verwaltung zeigt, dass die Strukturen der modernen Demokratien einem Wandel unterliegen. Dieser Wandel ergreift auch die politische Organisation. „Man kann nicht ernsthaft an die Abschaffung der Organisationen denken, denn das liefe praktisch auf Anarchismus hinaus“, schrieb der Soziologe Niklas Luhmann in den 1990er Jahren angesichts der damaligen Diskussion über Politik- und Parteienverdrossenheit.¹⁵ Und doch ist die Frage empirisch wie auch gesellschaftstheoretisch überaus berechtigt: Ist die Partei des 20. Jahrhunderts ein Auslaufmodell? Übernehmen neue, bewegungsförmige Parteien nicht nur die Straße, sondern auch die Parlamente?

„Alle Parteikämpfe sind nicht nur Kämpfe um sachliche Ziele, sondern vor allem auch: um Ämterpatronage“, so Max Weber in seinem bekannten Vortrag „Politik als Beruf“.¹⁶ Parteien organisieren laut Weber das Staatswesen und entscheiden intern außerdem über Themen und Kar-

¹³ Vgl. Max Weber, *Politik als Beruf*, Tübingen 1994 (1919), S. 36 ff.

¹⁴ Ebd., S. 37.

¹⁵ Niklas Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt/M. 2002, S. 233 f.

¹⁶ Weber (Anm. 13), S. 45.

rieren. Dies alles findet beziehungsweise fand in recht ordentlichen nationalen und auch vordigitalen Öffentlichkeiten statt. Niklas Luhmann formuliert die Aufgabe von Parteien dergestalt, dass sie Probleme und Themen für öffentliche Debatten definieren und den Meinungsmarkt politisieren. Parteien tragen so dazu bei, kollektiv bindende Entscheidungen vorzubereiten.¹⁷ Blickt man auf die aktuelle Situation europäischer Demokratien, so scheint es, dass zumindest die Aufgabe der Mobilisierung des Meinungsmarktes inzwischen eher den sozialen Bewegungen und auch den Eigendynamiken der digitalen Medien selbst zufällt.

Auch an der Art und Weise, wie Parteien Personal auswählen, wurde bereits ab ihrer Gründungszeit Ende des 19. Jahrhunderts Kritik geübt. Patronage, so vermuteten kritische Stimmen, führe nicht unbedingt zur Bestenauslese. Kritisch äußerten sich oft Vertreterinnen und Vertreter der sozialen Bewegungen selbst – so zum Beispiel der Arbeiterbewegung oder später der Umweltbewegung. Wenn diese Bewegungen durch den Erfolg im politischen Kampf selbst die Parteiform annehmen, so traf diese Kritik bald auch sie selbst, und sie suchten nach Möglichkeiten wie Zeitbegrenzungen für Ämter oder Geschlechterquoten, um oligarchische Tendenzen in den Griff zu bekommen. Heute werden solche Themen vor allem unter der Chiffre Partizipation und Basisdemokratie als ewige Probleme der politischen Organisation bearbeitet.

Die Entzauberung der Parteien hat aber nicht nur mit mangelnder innerparteilicher Demokratie oder Systemen der Patronage zu tun, sondern vor allem damit, dass ihre Machtoption in einer globalisierten Weltgesellschaft geschrumpft ist. Während die Massenparteien des frühen 20. Jahrhunderts auch deshalb die Massen anzogen, weil man von guten Erfolgsaussichten für die zugrundeliegenden nationalen Politiken ausging, müssen die Parteien in der heutigen Weltgesellschaft an sich selbst lernen, dass sie viele politische Probleme gar nicht lösen können, so sehr sie auch wollen. Denn eine besondere Herausforderung der Parteiarbeit im 20. und 21. Jahrhundert besteht darin, nationale Antworten auf weltgesellschaftliche Probleme zu finden. Dies ist eine komplexe und auch durch nationalistische Politikangebote nicht

umgehbare Aufgabe. Zugleich müssen internationale Bewegungen und Anliegen in nationale Politikangebote übersetzt werden.

ANARCHISMUS STATT ORGANISATION?

Parteien sind also mit einer schier unlösbaren Herausforderung konfrontiert. Zugleich treffen in ihnen Ideale der Partizipation auf die Realität der Organisation.¹⁸

Und doch, so spricht es auch aus dem Luhmann-Zitat, kann man sich bis dato kaum vorstellen, wie demokratische Politik ohne Parteien funktionieren soll. Ein wichtiges Argument dabei ist, dass der demokratische Parlamentarismus nach Parteiorganisationen verlangt und erfolgreiche soziale Bewegungen daher immer die Organisationswerdung vollziehen müssen, um die Machtoption der Vertretung im Parlament für sich zu nutzen. Und durchaus sehen wir gerade in den USA, welche Instabilitäten die Folge einer Regierung sind, die zugunsten der Ziele einer heterogenen, aber doch vorhandenen rechtsnationalen Bewegung auf Expertise aus gewachsenen Strukturen verzichtet.

Aber wie viel Partei alten Typs ist noch zu finden in den neuen Parteien à la AfD oder Fünf-Sterne-Bewegung? Der Soziologe Dieter Rucht bietet für die Unterscheidung von Partei und Bewegung drei Dimensionen an:¹⁹ *Erstens* haben Bewegungen anders als Parteien keine klar definierten Mitgliedschaftskriterien, keine Satzung und keine formelle Führungsebene. *Zweitens* nutzen Bewegungen öffentlichen Druck und Protest, um ihre Ziele zu erreichen, Parteien nutzen dazu Wahlen und die Besetzung von Ämtern. Und *drittens* agieren Bewegungen und Parteien auf „unterschiedlichen Spielfeldern, für die jeweils spezifische Regeln gelten. Das Feld sozialer und politischer Bewegungen ist der nur schwach staatlich regulierte außerparlamentarische Raum mit seinen diversen Öffentlichkeitsformen (...). Parteien sind auch in diesem Feld vertreten und können fest in der Zivilgesellschaft verankert

¹⁸ Zur Realität der Parteiorganisation vgl. die instruktiven und umfassenden Erörterungen von Elmar Wiesendahl, *Parteien in Perspektive*, Opladen 1998, insb. S. 140–219.

¹⁹ Vgl. Dieter Rucht, *Rechtspopulismus als Bewegung und Partei*, 2017, http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsbplus_2017-2_rucht.pdf.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 137 ff., S. 215.

sein, aber für sie ist die Öffentlichkeit eine Bühne, die dem Terrain politischer Entscheidungen vor- oder nachgelagert ist. Ihr eigentliches Feld ist der stark verregelte parlamentarische und gouvernementale Raum.“²⁰

Die Vergegenwärtigung dieser Unterscheidungen macht deutlich, dass wir es aktuell immer häufiger mit Mischformen zu tun bekommen. Worin liegt diese Entwicklung begründet? Wenn wir den Einfluss der Digitalisierung auf die Gesellschaft so ernst nehmen wie den der Druckerpresse, und es spricht vieles dafür, dass wir dies tun sollten, so ist es wahrscheinlich, dass die in der alten Medienwelt geborenen Organisationen entweder dysfunktional werden oder sich massiv reformieren und an die veränderte Gesellschaftsstruktur anpassen werden müssen. Zu diesen alten Organisationen gehören Parteien ebenso sehr wie Gewerkschaften oder Umweltverbände, wie die Tageszeitung und der Fernsehsender.

Die Medienentwicklung führt zu neuen Experimenten und durchbricht alte Unterscheidungen. Gewachsene Strukturen wie die der klassischen Partei oder der klassischen Verwaltung werden durch neue Möglichkeiten und oft ohne konkrete Absicht infrage gestellt. Aktuell führt dies dazu, dass Politik lauter und unbeständiger wird. Denn durch die neuen Möglichkeiten öffentlicher Kommunikation treten Akteure auf den Plan, die sich die „Dekonstruktion“ – so etwa wörtlich US-Präsident Trumps ehemaliger Chefstrategie Stephen Bannon – der alten Welt auf die Fahnen schreiben, ohne dabei neue Lösungen zu präsentieren. Die neuen Protagonisten der anarchischen Dekonstruktion scheren sich nicht um die Frage, wie ein friedliches Gemeinwesen zu organisieren ist. Häufig ist es nicht einmal Ziel ihrer Politik, den sozialen Frieden zu bewahren. Momentan führt dies dazu, dass unsere Öffentlichkeiten mehr von Lagerbildungen, von Freund-Feind-Unterscheidungen und Tribalisierungen geprägt werden denn von Expertise, Sachlichkeit und ruhigem Nachdenken.

Die allgemeine Erregung – verbunden mit und unterstützt von den beschriebenen Veränderungen des Journalismus – kommt jenen politischen Akteuren zugute, die wenig auf Grautöne

und viel auf Krawall geben. Der Populismus ist daher in dieser medialen Konstellation zunächst im Vorteil. Mit Blick auf den Erfolg der Populisten lassen sich zudem auch Vertreter der „alten Organisationen“ anstecken. Wenn wir uns fragen, wie sich die (Partei-)Politik durch die Veränderung politischer Öffentlichkeiten wandelt, so lohnt zum Beispiel ein Blick auf die Medienstrategie der AfD, die vorhat, einen eigenen Medienkanal zu erstellen. Die Deutschen sollten „irgendwann AfD und nicht ARD“ schauen.²¹

Die durch die Digitalisierung relevant werdenden Veränderungen der politischen Öffentlichkeit führen zu Orientierungslosigkeit auf mehreren Feldern, die die Herstellung kollektiv bindender Entscheidung – also die Politik – betreffen. Daraus resultiert die oben beschriebene Rollenunsicherheit in Politik, Verwaltung und Journalismus, aber auch ein Misstrauen gegenüber den alten demokratischen Institutionen. Demokratische Errungenschaften wie die Gewaltenteilung oder die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte scheinen in dieser Situation leichter infrage gestellt werden zu können. Zugleich aber beweist sich das populistische Prinzip bis dato zwar als mobilisierungs-, nicht aber als regierungsfähig. Die Instabilität, mit der die Abkehr von den Prinzipien der Organisation zu bezahlen ist, ist hoch. Die sich für heutige Demokratien stellende Frage ist daher, wie Stabilität und Zuverlässigkeit demokratischer Verfahren unter veränderten sozialstrukturellen Bedingungen organisiert werden können.

JASMIN SIRI

ist promovierte Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Ludwigs-Maximilians-Universität München.
jasmin.siri@soziologie.uni-muenchen.de

²⁰ Ebd., S. 2.

²¹ Alice Weidel zit. nach Benedict Neff, Alice Weidel: „Unser ambitioniertes Fernziel ist es, dass die Deutschen irgendwann AfD und nicht ARD schauen“, 19.5.2018, www.nzz.ch/-ld.1384297.

VERFESTIGTE SPRACHE

Parteien-Sprech zwischen Jargon der Anmaßung und angemessenem Sprachgebrauch

Ekkehard Felder

Für Parteien- und Politikverdrossenheit werden vielfältige Erklärungen angeführt. Ein Argument konzentriert sich auf den Gebrauch einer bestimmten politischen Sprache. Diese Sprache sei immer gleich und daher künstlich, phrasen- und floskelhaft, fernab vom Bürger, technokratisch und nicht vermittelbar – so eine unvollständige Liste an negativen Attributen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden diskutiert, welche gegensätzlichen Faktoren den politischen Sprachgebrauch beeinflussen und welche Varianzspielräume Parteipolitikern beim sprachlichen Formulieren zur Verfügung stehen.

ERWARTUNGSHALTUNGEN UND MUSTERSÄTZE

Ein fundamentales Problem der politischen Kommunikation besteht in den Erwartungshaltungen der Staatsbürger gegenüber dem, was Kommunikation im politischen Aushandlungsprozess und in der politischen Praxis überhaupt leisten kann. Vor übertriebenen Erwartungen ist genauso zu warnen wie vor zu bescheidenen Ansprüchen – semiotischer Realismus ist angesagt. Dabei gilt es, zwischen der politischen Wirklichkeit und dem Reden über diese zu unterscheiden, obgleich politisches Handeln auch durch politisches Sprechen vollzogen wird. Sprache ist das Medium der Politik, ohne Sprache hätte Politik kein Mitteilungs- und Aushandlungsinstrument. In der Bevölkerung werden mitunter Politiker als Repräsentanten und Verantwortliche der politischen Wirklichkeit für ihren Sprachgebrauch gescholten, wo im Kern die gesellschaftspolitischen Umstände selbst oder Politikinhalt kritisiert werden.⁰¹ Kurzum: Gerade weil politisches Handeln auch politisches Sprechen ist, setzt sich die politische Kommunikation einem hohen Erwartungsdruck aus und wird häufig Gegenstand heftiger Kritik.

Bei Beschwerden über Politik sind also zwei Dinge zu unterscheiden: die Politikinhalt selbst und der Sprachgebrauch über die Politik. Die beiden Sphären sind nicht immer leicht zu trennen, denn (neue) politische Ideen werden in Sprache entwickelt – die Linie zwischen politischen Inhalten und ihrer sprachlichen Verpackung ist fließend.⁰² Es ist für politische Sprache charakteristisch, dass sie aufs Engste mit politischem Handeln verbunden ist.

Die Differenzierung zwischen der Sprache der Politik und den Inhalten der Politik interessiert uns aus sprachwissenschaftlicher Sicht. Es geht um kommunikative Erwartungshaltungen im politischen Bereich. Im Zentrum steht dabei das schwierige und manchmal umstrittene Verhältnis zwischen der Wortwahl, dem damit verbundenen (inter-/subjektiven) Begriffsinhalt und dem gesellschaftspolitischen Sachverhalt, auf den politische Akteure mithilfe der Wörter verweisen – so etwa bei der Frage, ob „Flüchtlinge“ oder „Geflüchtete“ die angemessene Bezeichnung für den Sachverhalt ist.⁰³ Von zentraler Bedeutung ist der sprachliche und außersprachliche Situationszusammenhang, in dem eine Äußerung vorgenommen wird, in der vermutete oder explizierte Sprecherabsichten mit unterstellten oder klar artikulierten Hörererwartungen konfliktieren.

Fokussieren wir die angedeutete Divergenz zwischen Sprecherintentionen und Hörererwartungen in der politischen Kommunikation etwas genauer.⁰⁴ Politische Akteure wecken Erwartungen, beispielsweise Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem Versprechen der „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland. Bürger erinnern Politiker mahnend an ihre Worte und beschweren sich darüber, dass ihrer Ansicht nach die in Aussicht gestellte politische Wirklichkeit ausbleibe. Als Beweis des behaupteten Fehlverhaltens der Politiker wird immer wieder auf die einschlä-

gigen Worte und Sätze verwiesen, die im stetigen Erinnern stellvertretend für den tatsächlich oder vermeintlich erreichten oder nicht erreichten politischen Zustand stehen.

Bestimmte Äußerungen werden zu „salienten Sätzen“ – immer wieder zitierte „Sätze für das kollektive Gedächtnis“, die je nach Situation verschiedene „rhetorische Funktionen“ haben können.⁰⁵ Als exemplarisch für saliente politische Sätze gelten berühmte Aussprüche wie „Ich bin ein Berliner“ von US-Präsident John F. Kennedy am 26. Juni 1963 vor dem Rathaus Schöneberg in West-Berlin oder „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ von Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn. „Saliente politische Sätze sind Sätze, in die sich die Geschichte eines Diskurses in verdichteter Form einschreibt. Sie werden geäußert, damit sich die Diskursakteurinnen und -akteure an die Denk- und Handlungsweise erinnern, die mit den Sätzen einhergeht.“⁰⁶ Selbstredend speisen häufig zitierte Sätze ein Stereotyp und erzeugen einen Kontextprototypen: Sie sind sozusagen ein Beispiel par excellence für ein immer wieder in der gleichen Form auftretendes Muster – ein Aspekt, der bei der Verwendung des Wortes „Parteiensprech“ von fundamentaler Bedeutung ist.

In den folgenden Ausführungen geht es ebenfalls um Wiederholungen und verfestigte Wortverbindungen, also um Musterhaftes im politischen Sprachgebrauch. Dabei werden wortgleich wiederholte größere Formulierungseinheiten als Sprachmuster sowie ihre Wirkung diskutiert und in Bezug gesetzt zur Verwendung des Schlagwortes „Sprech“ im politischen Kommunikati-

onskontext. Welche Ausstrahlungskraft entfalten Muster im Sprachgebrauch auf die Zuhörenden? Dieses Unterfangen ist deshalb so aufschlussreich, weil sich in der Vokabel „Sprech“ eine politische Denkhaltung und mitunter eine staatsystemskeptische Fundamentalkritik verdichten und kristallisieren.

DIE VOKABEL „SPRECH“

In der Online-Version des Duden-Wörterbuches ist gegenwärtig noch kein eigener Eintrag zum Wort „Sprech“ zu finden. Dies deutet darauf hin, dass die Etablierung des Wortes in den Sprachkonventionen noch nicht sehr weit vorgeschritten ist. Im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache ist die grafische Darstellung zum Wortgebrauch von „Sprech“ in den vergangenen 70 Jahren sehr aufschlussreich, der Höhepunkt der Verwendungshäufigkeit liegt in den 1970er Jahren. In diesem Zusammenhang ist auf George Orwells „Newspeak“ in seinem Roman „1984“ als politische (Staats-)Propaganda – also als staatlich verordnete und offiziell zu verwendende Sprachregelung – zu verweisen, eine Vokabel, die ins Deutsche mit der Lehnübersetzung „Neusprech“ Eingang gefunden hat. Dem Wort „Sprech“ haftet also die Teilbedeutung der Fremdsteuerung an.

Für die überwiegend pejorative Verwendung von „Sprech“ als Wortbaustein oder Simplex seien (in beliebiger Reihenfolge) die folgenden Belege aus dem Deutschen Referenzkorpus erwähnt:⁰⁷ Grün-Sprech, SPD-Sprech, CDU-Sprech, AfD-Sprech, FDP-Sprech, NPD-Sprech, Nazi-Sprech, Merkel-Sprech, Korrekt-Sprech, Nerd-Sprech, Plastik-Politik-Sprech, Politik(er)-Sprech, Partei(en)-Sprech.

„Sprech“ könnte man zunächst ganz allgemein als Jargon einer identifizierbaren Person oder Gruppe in unserer Gesellschaft übersetzen. Eine Ausnahme von der rein pejorativen Gebrauchsweise und eine Besonderheit sind Verwendungsweisen wie in „Marketing-Sprech“. Hier wird „Sprech“ als Synonym für „Fachsprache“ gebraucht und vereint sowohl positive Aspekte – schließlich setzt die Fachsprachenkommunikation Fachkompetenz bei den Fachleuten

01 Vgl. Thomas Klug, 60 Jahre Merkel-Sprech, 14.7.2014, www.deutschlandfunkkultur.de/60-jahre-merkel-sprech-wenn-mutti-frueh-zur-arbeit-geht.976.de.html?dram:article_id=291754.

02 Vgl. Ekkehard Felder/Andreas Gardt (Hrsg.), *Wirklichkeit oder Konstruktion*, Berlin–Boston 2018.

03 Vgl. Ekkehard Felder, *Wie viel politische Korrektheit braucht das Land?*, 15.4.2017, <https://scilogs.spektrum.de/semantische-wettkaempfe/wie-viel-politische-korrektheit-braucht-das-land>.

04 Vgl. Walther Dieckmann, *Deutsch: politisch – politische Sprache im Gefüge des Deutschen*, in: Jörg Kilian (Hrsg.), *Sprache und Politik*, Mannheim 2005, S. 11–30.

05 Josef Klein, *Sätze für das kollektive Gedächtnis*, in: Gregor Kalidova/Gert Ueding (Hrsg.), *Wege moderner Rhetorikforschung*, Berlin–Boston 2014, S. 617–635.

06 Katharina Jacob, *Das diskurslinguistische Potential salienter politischer Sätze*, in: Barbara Beßlich/Ekkehard Felder (Hrsg.), *Geschichte(n) fiktional und faktual*, Bern 2016, S. 331–353.

07 Für die unmittelbaren Wortumgebungskontexte siehe www.ids-mannheim.de/kl/projekte/korpora.html.

voraus – als auch negative Gesichtspunkte – denn für Außenstehende sind Fachsprachen schwer verstehbar. Gleiches gilt für die Wortschöpfungen „Juristen-Sprech“ und „Bullshit-Sprech“.⁰⁸

„Sprech“ ist also eine überwiegend negativ konnotierte Vokabel für spezifische Sprachgebrauchsformen, die sich durch leicht an der Sprachoberfläche erkennbare Muster auszeichnen und die Menschen bestimmter Funktionsgruppen in Ausübung ihrer sozialen Rolle seriell verwenden. Da Sprachmuster wie „Wir Politiker müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen“ bei der Bewältigung von Aufgabenroutinen immer wieder benutzt werden, erscheinen sie mitunter für die Zuhörerschaft bei Wiedererkennung floskelhaft und somit sinnentleert. „Parteien-Sprech“ bezieht sich also auf einen Sprachgebrauch, der aufgrund stereotyper Merkmale zur Identifikation bestimmter Gruppen geeignet ist. Sprachmuster verfestigen sich in Diskursen durch den wiederholten Vollzug von kommunikativen Handlungen, zum Beispiel beim Erklären von Zusammenhängen und Sichtweisen in politischen Reden, Talkshows oder Interviews. Sie prägen daher die kommunikative Praxis in der Politik. Wenn sie als floskelhaft wahrgenommen und als Merkmal einer politischen Gruppensprache charakterisiert werden, geht mit der artikulierten Wirkung der Sprachmuster eine negative oder zumindest distanzierende Konnotation einher.

FLUCH UND SEGEN VON MUSTERHAFTEM IN DER SPRACHE

Dabei sind aus linguistischer Sicht zwei Seiten einer Medaille zu berücksichtigen: Wiederkehrende Aufgaben können nicht immer in neue Worte gekleidet werden. Zum einen eröffnet uns das Sprachsystem nur einen gewissen Variationsspielraum, den die adressierten Zielgruppen stilistisch (noch) als angemessen empfinden. Zum anderen sind solche Variationen für den Sprecher beim Ausüben seiner Funktion aufwendig und für die Zuhörerschaft nicht so leicht erkennbar wie die Verwendung etablierter Sprachgebrauchsformen. Darüber hinaus müssten originelle Neuformulierungen, die ein Politiker für die eigene (bekannte) Position verwenden möchte, von den Bürgern

erst einmal als individuelles „Markenzeichen“ erkannt werden. Ein bestimmter Sprachgebrauch steht schließlich für die Kontinuität der vertretenen Politikinhalt und die Zuverlässigkeit der Politiker. Neue Formulierungen müssen sich im sprachlichen Wettkampf durchsetzen.⁰⁹ Festzuhalten ist: Wiederholungen sind unvermeidbar, Sprachmuster haben auch einen Nutzen.

Wie viele Phänomene können auch Sprachmuster positiv oder negativ wirken. Sie haben einerseits Nachteile wie den, dass durch die penetrant wirkende Wiederholung der geäußerte Sachverhalt in seiner Bedeutung abgewertet werden kann oder die Überzeugungskraft des Sprechers dadurch leidet. Aufgrund dessen lohnt es, bestimmte Formen von Sprachmustern zu vermeiden. Auf der anderen Seite können wir aber in Anbetracht eines begrenzten Inventars an lexikalischen und grammatischen Mitteln überhaupt nicht vermeiden, dass wir bestimmte Wörter oder Mehrwortverbindungen immer wieder verwenden. Auch kann in umgekehrter Weise wiederholtes Sprechen die Bedeutung aufwerten und den Bekanntheitsgrad steigern. Das ist redetechnisch ganz praktisch und gilt für den einfachen Staatsbürger wie für Politiker. Aber wann schlägt musterhaftes Sprechen negativ auf Sprecher zurück?

Stereotype Verwendung beziehungsweise der musterhafte Gebrauch von Schlüsselwörtern wie „Pflegerotstand“, von Mehrwortverbindungen wie „Sicherung der Altersvorsorge“ oder von Sätzen wie „Die Politik muss die Zuwanderung regeln“ weist leicht erkennbar auf politische Probleme und entsprechenden Handlungsbedarf hin und erhöht den Wiedererkennungswert politischer Orientierungen: Als Schlüsselwörter gelten inhaltsverdichtende, positionscharakterisierende und auf öffentliche Wirkung zielende Ausdrücke, denen im politischen Diskurs ein besonderer Stellenwert zugeschrieben wird und die entsprechend oft gebraucht werden.

Schlüsselwörter wie „Gerechtigkeit“, „Wettbewerb“, „individuelle Freiheit“, „staatliche Fürsorgepflicht“ oder „sichere Außengrenzen“ können von allen politischen Funktionären gebraucht werden, aber in einer je spezifischen Kontextualisierung. Insofern stehen musterhafte Lexem-

⁰⁸ Vgl. etwa Falk van Helsing, *Juristensprech*, München 2017; Peter Felixberger/Armin Nassehi (Hrsg.), *Kursbuch 191 „Bullshit-Sprech“*, Hamburg 2017.

⁰⁹ Vgl. Georg Stötzel, *Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch*, in: Gerhard Stöckel (Hrsg.), *Deutsche Gegenwartssprache*, Berlin–New York 1990, S. 45–65; Ekkehard Felder (Hrsg.), *Semantische Kämpfe*, Berlin–New York 2006.

verwendungen für das Selbstverständnis einer Gruppe oder Partei. In der je parteispezifischen Kontextualisierung solcher Schlüsselwörter manifestiert sich das Profil der politischen Richtung. Derartiger stereotyper Gebrauch erscheint aufmerksam Zuhörenden oft musterhaft – mit dem vorteilhaften Nutzen der schnellen Wiedererkennung der politischen Position und mit dem Nachteil des mitunter monoton anmutenden Wiederholungshabitus.

Musterhafter Sprachgebrauch wird dann zum Problem, wenn die Zuhörerschaft die Authentizität der Sprecher in Zweifel zieht, weil die äußere Form der sprachlichen Präsentation, also der Sprachstil, den sachlichen Kern des Mitgeteilten, also den Inhalt, überlagert. In der Textstilistik unterscheidet man zwischen dem Was und dem Wie einer Sprachäußerung. Der Stil als das Wie ist genauso entscheidend für den Inhalt wie das Was, also der Sinngehalt der Äußerung. Die Vorhersage, wie mein Sprachstil wirken könnte, verlangt von dem Sprecher die Antizipation der Voreinstellungen der Zuhörer. Wie komplex dies in der politischen Kommunikation angesichts der heterogenen Adressatenkreise ist, erklärt sich von selbst.

Musterhaftes Sprechen wird dann gefährlich, wenn es als Äußerungspraxis unvereinbar mit demokratischen Kommunikationsgepflogenheiten ist. Diese Strategie öffentlich politischen Kommunizierens habe ich als „Jargon der Anmaßung“ bezeichnet.¹⁰

ANMAßUNGSÄUßERUNGEN IN DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION

Unter Anmaßung in der politisch öffentlichen Kommunikation fasse ich die unberechtigte Inanspruchnahme von Gültigkeitsbedingungen etwa unter Berufung auf „das gesunde Volksempfinden“ und das Überschreiten von Befugnissen – so zum Beispiel US-Präsident Donald Trumps Etikettierung eines Bundesrichters als „so-called judge“, welche die soziale Rolle des Richters und damit seine legale Funktion in der Gewaltenteilung infrage stellt.¹¹

¹⁰ Vgl. Ekkehard Felder, Anmaßungsvokabeln: Sprachliche Strategien der Hypertrophie oder der Jargon der Anmaßung, in: Martin Wengeler/Alexander Ziem (Hrsg.), *Diskurs, Wissen, Sprache*, Berlin–Boston 2018, S. 215–240.

¹¹ Ebd., S. 226.

Dem liegt der folgende Gedanke zugrunde: Es gibt positiv besetzte Hochwertwörter auf der einen und Anmaßungsäußerungen auf der anderen Seite. Hochwertwörter in der Politik sind relativ unstrittige Konsensvokabeln einer Kultur – so sind die Ausdrücke „Generationengerechtigkeit“ oder „Rechtsgleichheit“ solche normativ-ethischen Wörter, die einen wünschenswerten gesellschaftlichen Soll-Zustand bezeichnen – unabhängig davon, wie unterschiedlich über den gesellschaftspolitischen Ist-Zustand beider Begriffe gestritten wird. Im Unterschied dazu sind Anmaßungsstrategien wie das Berufen auf „den Volkswillen“ oder „das wahre Volk“ darauf aus, eine Aura der Unhintergebarkeit zu suggerieren. Solche Verweise auf angeblich nicht hinterfragbare Instanzen sollen als Letztbegründungsmomente fungieren: Es gibt nach einem derartigen Hinweis anscheinend nichts mehr zu diskutieren, weil unter Berufung auf eine solche ursprüngliche, unhintergebare oder originäre Instanz scheinbar alles gesagt sei. Ein solches Berufen auf unfehlbare, nicht personalisierte Instanzen wie „Volkes Stimme“ oder „den gesunden Menschenverstand“ geht einher mit der rhetorischen Praxis, im Diskurs die Vielfalt von Sichtweisen, Interessen oder Zielkonflikten zu homogenisieren.¹² Die sprachlich realisierte Anmaßung postuliert ein Wirklichkeitsbild mit antipluralistischem Alleinvertretungsanspruch. Die vertretene Position soll durch Berufung auf eine unfehlbare Instanz als nicht mehr weiter begründbar dargestellt werden – und zwar so, als ob es sich um die Letztbegründung handele. Dies widerspricht demokratischen Aushandlungskonventionen.

Diesen Aspekt betont unter anderen Gesichtspunkten auch der Politikwissenschaftler Jan Werner Müller mit seinen Ausführungen zum Anti-Pluralismus als einem Wesensmerkmal des Populismus.¹³ Dabei ist zu beachten: Natürlich treten so gut wie alle politischen Diskursakteure mit dem Anspruch auf, dass ihre Aussage die richtige sei. Es gibt aber einen signifikanten Unterschied: Im hypertrophen Sprachgebrauch, in der sprachlich realisierten Anmaßung, wird ein Konsens der Unhintergebarkeit insinuiert beziehungsweise eingeflüstert.

Solche Anmaßungsstrategien werden mitunter auch von Politikern benutzt, die im öffent-

¹² Für weitere Beispiele vgl. ebd.

¹³ Vgl. Jan Werner Müller, *Was ist Populismus?*, Berlin 2016.

lichen Diskurs nicht als klassische Vertreter des Populismus gelten. So fällt etwa die britische Premierministerin Theresa May mit Blick auf den EU-Austritt Großbritanniens mit der Formulierung auf, das Parlament müsse tun, was „das britische Volk will“.¹⁴ In dieser Formulierung werden mithilfe der Verwendung des Lexems „Volk“ im Singular und dem Anschluss mit dem Vollverb „wollen“ die verschiedenen Bürgerinteressen monolithisch in der Struktur „das Volk will“ homogenisiert und Divergenzen – man denke an den knappen Ausgang des Brexit-Votums – sprachlich kaschiert. Andere Formulierungen sind problemlos denkbar: „Das Parlament muss tun, wofür sich die Mehrheit des britischen Volkes im Referendum entschieden hat“, würde diejenigen Wähler, die anders gestimmt haben, zumindest nicht verschwinden lassen. Und auch ein *mot mal* der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher, „There is no alternative“, hat seine Übernahme durch Bundeskanzlerin Angela Merkel gefunden, wenn sie eine bestimmte politische Entscheidung als „alternativlos“ bezeichnet.

Dabei sind demokratische Kommunikationsstrukturen dem Geiste nach auf Aushandlung und Dialog angelegt. Auch per se monologische Kommunikationsformen wie die, wenn Parteipolitiker zur Bevölkerung sprechen, gewinnen einen dialogischen Charakter, wenn sie im Duktus struktureller Dialogizität geführt werden – eine Denkfigur, die in der langen Geschichte der politischen Rhetorik aus der Antike kommt. Heute findet sie in Vertretern wie Jürgen Habermas und Josef Kopperschmidt ihre Zuspitzung: Sie beharren auf die „Symmetrie von Berechtigungen und Verpflichtungen“ im Diskurs.¹⁵ Angemessener Sprachgebrauch in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung einer Demokratie meidet demnach Totalitätsansprüche im Duktus des Nicht-Hinterfragbaren und suggeriert weder eine Eigentlichkeit¹⁶ noch einen „Ur-Sachverhalt“.¹⁷ Angemessenes öffentliches Sprechen

in der Politik ist transparent, profiliert, mitunter scharf konturierend und eben auf Dialog und Aushandlung angelegt.¹⁸

Bei sprachlicher Angemessenheit geht es unter anderem um kommunikative Flexibilität, um Anpassung und immer wieder erneutes Angleichen der Parameter, die für eine gelingende Kommunikation relevant sind, wie etwa Erwartungshaltung der Sprecher und Hörer, Fachlichkeit und Vermittelbarkeit des Inhalts, Situation und Medium. In der Rhetorik ist dieses Phänomen als *Aptum* bekannt: „Angemessenheit (*Aptum*) ist das oberste pragmatische Regulativ rhetorischer Textproduktion und -performanz. Damit verbunden ist die Tatsache, dass sich das Angemessenheitskalkül immer nur auf den konkreten Einzelfall mit seinen Settingsbedingungen bezieht (...) [und es] keine immer gültigen Organisations-, Struktur-, Verfahrensregeln oder gar Tricks [gibt].“¹⁹

MUSTER IST NICHT GLEICH MUSTER

Es gibt in der politischen Kommunikation Muster, die förderlich sind oder eher hemmend wirken. Ausgangspunkt war das Schlüsselwort „Sprech“ als spezifische Sprachgebrauchsform mit leicht erkennbaren Mustern an der Sprachoberfläche. Diese verfestigten Sprachformen erleichtern die effiziente Bewältigung von wiederkehrenden Aufgabenroutinen. Die Muster können mitunter bei Wiedererkennung als floskelhaft wahrgenommen werden. Die Beispiele belegen die überwiegend pejorative Gebrauchsweise. Die Definition von „Sprech“ betont den Aspekt der Redewirkungen und signalisiert in der Regel die Ablehnung der politischen Inhalte über den Umweg der kritischen Ablehnung eines bestimmten Sprachgebrauchs.

Als floskelhaft wahrgenommene Muster werden in der politisch öffentlichen Sprache und Auseinandersetzung zum Problem, wenn das Sprachmuster zum Indiz für mangelnde Authentizität oder Glaubwürdigkeit mutiert. Dies

14 Premierministerin Theresa May zur Bekräftigung ihrer Brexit-Politik, in: Süddeutsche Zeitung, 21.2.2017, S. 8.

15 Jürgen Habermas, Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: Niklas Luhmann et al. (Hrsg.), *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?*, Frankfurt/M. 1971, S. 101–141, hier S. 138.

16 Vgl. Theodor W. Adorno, *Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie*, Frankfurt/M. 1964.

17 Anton Friedrich Koch, *Hermeneutischer Realismus*, Tübingen 2016, S. 69.

18 Vgl. Ekkehard Felder, *Populistische Rhetorik versus strukturelle Dialogizität*, 15.8.2018, <https://scilogs.spektrum.de/semantische-wettkaempfe/populistische-rhetorik-versus-strukturelle-dialogizitaet-ein-linguistischer-zwischenruf>.

19 Joachim Knape, *Politikrhetorik*, in: Thomas Niehr/Jörg Kilian/Martin Wengler (Hrsg.), *Handbuch Sprache und Politik*, Bd. 1, Bremen 2017, S. 100–128, hier S. 119f.

ist vorwiegend dann der Fall, wenn einzelne Repräsentanten Einbußen ihrer Reputation hinnehmen müssen, die nicht nur auf einem zu eintönigen Sprachgebrauch gründen, sondern auch auf vielen anderen Rahmenfaktoren des jeweiligen Akteurs – man denke etwa an die medialen Lobpreisungen der rhetorischen Fähigkeiten Karl-Theodor zu Guttenbergs 2010 und den anschließenden „Fall“ wegen des Plagiiens. Das ist keine Gefahr für die Demokratie, solange das Phänomen nicht flächendeckend vorkommt, sondern in erster Linie ein Problem der betroffenen Politiker und der jeweiligen Partei.

Grundsätzlich problematischer und daher aus demokratietheoretischen und -praktischen Gründen abzulehnen ist das rhetorische Muster des Jargons der Anmaßung, dessen Argumentationsstrategie sich durch eine suggerierte Unhintergebarkeit der dargelegten Sachverhalte unter Berufung auf eine anscheinend unfehlbare Instanz charakterisieren lässt.

Musterhaftes in der politisch öffentlichen Sprache ist hingegen völlig unproblematisch, wenn es um die ressourceneffiziente kommunikative Bewältigung wiederkehrender Aufgaben geht. Schnelles Wiedererkennen politischer Richtungen in verschiedenen politischen Textsorten erleichtert den Staatsbürgern in der Vielfalt der Kommunikationsbedingungen die Orientierung – man denke an die variierenden Kontexte in Talk-Shows, Bundestagsreden, Expertenanhörungen und -befragungen, Bürger-Abgeordneten-Wahlkreisgespräche, kommunalpolitische Gesprächsformate wie Bürgerdialoge, öffentliche Anhörungen und Befragungen. Kommunikationssensible Bürger bilden sich zügig eine Meinung darüber, ob Politiker zwischen Expertenwissen (der Fachsprache) und der Verstehbarkeit der politischen Inhalte (adressatengerechte Vermittlungssprache) angemessen changieren können.

Die Zuhörerschaft öffentlicher Kommunikation sollte stets folgende Aspekte politischer Redekontexte hinterfragen: Wer spricht in welcher Funktion mit welchem Interesse für welche Personen? Mit welchem Hintergrund in welchen Kontextkonstellationen und von welchen Situationsfaktoren beeinflusst wird gesprochen? Strikt zu unterscheiden ist dabei zwischen der Kritik an politischen Zuständen und am Reden über eben diese Zustände.

Parteien werden durch ihre Politiker repräsentiert. Abgesehen von rhetorischen Naturta-

lenten wie die ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama oder Bill Clinton hängen Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der repräsentativen Demokratie von der Sprachkompetenz ihrer Repräsentanten ab. Das ist allgemein bekannt. Was meiner Meinung nach weniger oft Eingang in die öffentliche Diskussion findet, ist der Umstand, welche Möglichkeiten, aber auch welche Grenzen der politischen Kommunikation existieren: Es ist eben nicht möglich, zu Sachverhalten wie Rente, Pflege und anderen politischen Problemen immer neue Formulierungen für eine gleichbleibende Position zu finden – die Varianz ist begrenzt. Damit möchte ich weder die Parteipolitiker noch ihre Sprache von jeder Kritik freisprechen – an beiden sollten wir Bürger uns kräftig reiben. Je mehr wir semantisch kämpfen und über den Sprachgebrauch streiten, desto lebendiger ist Demokratie.

Schwierig wird es dort, wo unlösbare Interessengegensätze dazu führen, Parteien und repräsentative Demokratie und ihre kommunikativen Interaktionsformen per se infrage zu stellen, etwa durch Stigmawörter wie „Parteienstaat“ oder „Systemparteien“. Ist dies der Fall, müssten die entsprechenden Protagonisten die Frage beantworten, welches andere System denn ein besseres sein soll – notabene welches andere System und nicht welches andere Politikinhalt. „Falsche“ Politik, die es sicherlich gibt, ist strikt vom „falschen“ System zu trennen, genauso wie zwischen der politischen Wirklichkeit selbst und dem Reden über sie unterschieden werden muss – erinnert sei an die Dimensionen *polity* (Form), *politics* (Prozess) und *policy* (Inhalt).

Wer den Sack schlägt, gemeint ist die Sprache, und in Wirklichkeit den Esel meint – hier sinnbildlich mit Verlaub ein Politiker –, der trifft nicht des Pudels Kern. Ist das politische Handwerkszeug, also das Medium Sprache, erst einmal nachhaltig infiziert und beschädigt, so geht der Politik das Vertrauen in ihr Aushandlungsmedium, in ihr Instrumentarium verloren. Damit gerät ihre Handlungsfähigkeit grundsätzlich in Gefahr. Das kann hoffentlich niemand wollen.

EKKEHARD FELDER

ist Professor für Germanistische Linguistik und einer der Direktoren des Europäischen Zentrums für Sprachwissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

ekkehard.felder@gs.uni-heidelberg.de

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. November 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Nino Löffler (Volontär)
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen mit
Ausnahme des Beitrags von Horst Möller
unter einer Creative Commons Lizenz vom
Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
48/2018, 26. November 2018
**NATION
UND NATIO-
NALISMUS**



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz